

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m. b. H.).

NUMMER 144 A

BERLIN • Mittwoch, den 22. Juni 1932

1 JAHRGANG

Gefahren für die Einheitsfront. Reichskommissar für Preußen in Sicht!

W—er. Wir haben unseren Lesern gestern auseinandergesetzt, daß die Leitung der KPD auf die augenblicklich bei ihr übliche Weise sicher nicht zu einer Einheitsfront des Proletariats gelangen wird.

Das ZK der KPD veröffentlicht heute in der „Roten Fahne“ ein neues Einheitsfront-Angebot, das sich diesmal konkret an die Abgeordneten des Preußischen Landtags wendet, und zwar an die des Zentrums und der SP. Den wichtigsten Teil dieses Aufrufs, den Teil, der etwas anderes enthält als die bekannten Forderungen der KP und die ebenso bekannten Schimpfkanonaden, drucken wir hier ab:

„Im Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse gegen die faschistische Reaktion stellen die Kommunisten die folgenden Forderungen auf:

1. Herstellung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit und Freigabe des Rundfunks für die revolutionäre Arbeiterschaft in Preußen.
2. Nichtdurchführung der beiden faschistischen Notverordnungen der PAPEN-Regierung in Preußen.

... Diese Forderungen, die nur die ersten dringlichsten Schritte im Kampfe gegen den Faschismus darstellen, könnten sogar im Preußischen Landtag durch die Mehrheit von KPD, SPD und Zentrum sofort erfüllt werden, wenn die Sozialdemokraten und das Zentrum für diese Anträge der KPD stimmen wollen.

Sozialdemokratische und christliche Arbeiter, die ihr wirklich gegen den Faschismus kämpfen wollen, die antifaschistischen Forderungen der Kommunisten sind auch eure Forderungen! SPD und Zentrum mögen vor euch, vor ihren eigenen Anhängern Farbe bekennen!

Wenn die Sozialdemokratie und das Zentrum diese beiden minimalen Forderungen, die die Kommunisten im Interesse der gesamten Arbeiterklasse und aller Werktätigen und im Interesse des Kampfes gegen den Faschismus aufstellen, erfüllen, ist die KPD bereit, für ein unter Ausschluß der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gebildetes Landtagspräsidium aus Vertretern der SPD und des Zentrums zu stimmen und auf die Aufstellung eigener Kandidaten zu verzichten. Von der SPD und dem Zentrum hängt es ab, durch die Annahme der beiden Forderungen der KPD die Wahl eines Landtagspräsidiums ohne Nazis und ohne Deutschnationale zu ermöglichen.

Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen „Burgfrieden“ zu gewähren, wie es die SPD- und ADGB-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern.

Die Kommunisten denken nicht daran, ihren Kampf gegen die SPD und das Zentrum, ihren Kampf gegen die BRAUN-SEVERING-Regierung auch nur im mindesten abzuschwächen.

Wenn die Kommunisten trotzdem ... bereit sind, auf die Aufstellung eigener Kandidaten ... zu verzichten, so geschieht dies im Interesse des einheitlichen und geschlossenen Massenkampfes der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, der unorganisierten, der Reichsbanner- und christlichen Arbeiter. Schulter an Schulter mit den Kommunisten gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland!

Dieses Dokument sollte jeder sorgfältig lesen und dann weitergeben an Genossen, bei denen er voraussetzt, daß sie einigermaßen belehrbar sind. Es sagt kurz und klar:

Das jetzige ZK wird, wenn es nicht unter einem Proteststurm der kommunistischen Genossen geradezu erdrückt wird, die Einheitsfront mit Phrasen sabotieren: Einmal fordert das ZK mit guten und bekannten Gründen die Einheitsfront. Dann beweist dieses selbe ZK, und zwar im selben Aufruf, daß es ihm unmöglich scheint, diese Einheitsfront anders zu verwirklichen als auf die bekannte Art „unter Führung der KP“. Denn es stellt Forderungen auf, die es, wenn es sie überhaupt überlegt hat, jedenfalls nicht ernst genommen haben kann: Nichtdurchführung der beiden faschistischen Notverordnungen der PAPEN-Regierung in Preußen. Was hat diese Forderung zu bedeuten? Daß das Zentrum sie nicht erfüllen wird, ist ziemlich sicher. Daß die Sozialdemokraten sie nicht erfüllen werden, liegt wohl auch auf der Hand. Die Frage ist aber auch: Was würde geschehen, wenn durch KP, SP und Zentrum ein Beschluß gefaßt würde, die Notverordnungen nicht durchzuführen? Dann würde Herr von PAPEN sich vergnügen die Hände reiben und nach Preußen den Reichskommissar schicken, der höchstwahrscheinlich längst auf eine passende Gelegenheit wartet, dort zu erscheinen.

Gewiß könnte dann, so wie es die „Rote Fahne“ erträumt, der „politische Massenstreik“ einsetzen oder durch andere „höhere Formen des Klassenkampfes“ die Regierung „weggefegt“ werden. Aber all dies fängt eben mit dem Wörtchen „wenn“ an —

dies könnte alles geschehen, wenn wir nicht eine so von allen guten Geistern verlassene Führung der Arbeiterbewegung in Deutschland hätten, wie ein Teil von ihr im ZK der KPD verkörpert ist.

Denn das muß hier einmal gesagt werden: diese Art der Proklamation schlechthin dummen Zeugens, das mit dem Anspruch auftritt, nicht nur gelesen, sondern als ein Grund für den Anspruch auf Führung angesehen zu werden, verdient nicht einmal den Ehrenplatz des Papierkorbes.

Von welcher geradezu verheerenden Gedankenlosigkeit dieses ZK im Augenblick befallen sein muß, zeigt ein Fall, in dem die „Rote Fahne“ ein Einheitsfrontangebot der SAP ablehnt. Auch diese Stelle aus der „Roten Fahne“ wollen wir wörtlich zitieren, weil man es sonst nicht glauben würde: „In diesen Briefen beruft sich der SAP-Vorstand darauf, daß die Kommunistische Partei erklärt hat:

„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter versammelt sind, die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen!“

Der SAP sei eindeutig erklärt, daß nach unserer Meinung die SAP keine Kampforganisation ist, sondern eine Sekte, in deren Führung die aus der „Kommunistischen Partei“ ausgeschlossenen Renegaten die Politik bestimmen, eine Sekte, die in zahllosen Fraktionen zerfällt! Außerdem kann man von der SAP wirklich nicht sagen, daß sie kämpft. Eine Organisation, die am 1. Mai mit BREITSCHIED und KÜNSTLER im Lustgarten demonstriert, die im Preußischen Landtag die Polizeikostenzuschüsse für SEVERINGS Schupo unterstützt, die im Reichstag auftritt gegen die Einstellung der Young-Zahlungen und die sich beraten läßt von dem Vertreter des Konterrevolutionärs „Trotzki“ — das ist eine Organisation zur Verhinderung des Kampfes.“

Die SAP ist danach also keine Kampforganisation, weil sie mit BREITSCHIED und KÜNSTLER im Lustgarten demonstriert hat. Die KPD hatte genau einen Tag vor dieser Antwort an die SAP BREITSCHIED und KÜNSTLER selber aufgefordert, mit ihr zusammen zu demonstrieren, sie hat sich also damit selber den Charakter einer Kampforganisation abgeprochen, — was in vielen Fällen sicher richtig ist, nur mit einer anderen Begründung.

Es ist gewiß ein trauriges Zeichen, die KPD-Führung auf so verhängnisvollen Wegen zu sehen. Wir haben gerade, weil wir annehmen, daß in ihr der revolutionäre Wille lebt, hier unsere Bedenken gegen ihre unmögliche Taktik deutlich zum Ausdruck gebracht; denn wir halten es für leichter, einen Menschen vom falschen Wege abzubringen, der sich nur verlaufen hat, als — wie das bei der SPD nötig wäre — die innere Überzeugung eines Menschen — und noch dazu eines so alten — umzuwandeln. Wir sind noch immer der Meinung, daß die unerträglichen geschwollenen Phrasen einer überheblichen Apparatsdiktatur nicht das Ende der kommunistischen Bewegung Deutschlands darstellen, sondern daß es möglich ist, die Beherrscher dieses Apparats zu belehren, sei es durch Druck, sei es durch Überzeugen, die Einheitsfront nicht mutwillig zu zerstören. Das Überzeugen haben wir hier versucht; der Druck muß aus den Kreisen der Genossen selber kommen, zum Beispiel durch eine Unterstützung jener Aktion, die seit einigen Tagen läuft, und die zum Zweck hat, die Führungen der großen politischen und gewerkschaftlichen Verbände gemeinsam vor das Forum der Öffentlichkeit der Arbeiterbewegung zu rufen, um endlich und eindeutig die Frage zu entscheiden: Wo sitzen die Saboteure der Einheitsfront?

Mögen sie dann sitzen, wo auch immer, das Proletariat wird dann genötigt sein, sie zum Teufel zu schicken.

Das wird die zweckdienlichste und am weitesten reichende Entlarvung sein, die jemals der Arbeiterschaft etwas genützt hat.

Die Nazis wurden weiter entlarvt

im Hauptausschuß des preußischen Landtags. Dort hatten die Kommunisten einen Antrag eingebracht, nach dem alle Einkommen, soweit sie 12000 Mark im Jahr übersteigen, restlos weggesteuert werden sollen. Die Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten für den Antrag, die Nazis und das Zentrum enthielten sich der Stimme, die Deutschnationalen stimmten dagegen. Der Antrag wurde angenommen. Angenommen wurde auch mit den Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen und NS ein kommunistischer Antrag, die Einkommens Kürzungen und Massensteuern der letzten Reichs-Notverordnung in Preußen nicht durchzuführen.

AUS DEM INHALT:

- Brüning hat sich erholt.
- Blauer Montag in Lausanne.
- Das Ausnahmegesetz gegen die KP.
- „Wir können nicht schweigen.“
- Gegen den Paragraphen 218.
- Abbau dem Abbau-Papen!
- Das Ende der Demokratie.

Spanien am Scheidewege.

H. P. Barcelona, im Juni 1932.

In den spanischen Zeitungen nehmen die Berichte über die Arbeitskonflikte, über Banküberfälle, Attentate und ähnliche Anzeichen wachsender sozialer Not einen beträchtlichen Raum ein. Die Alltäglichkeit dieser Vorfälle erregt die Öffentlichkeit kaum mehr, selbst dann nicht, wenn es sich um so ausgedehnte Streiks und Unruhen, wie die in der Provinz Sevilla und Galizien, handelt. Die spanischen Cortes beschäftigen sich immer noch mit den beiden Problemen, nämlich der katalonischen Autonomie und der Agrarreform, von denen das letztere bezeichnenderweise zu Gunsten des ersteren zurückstehen muß. Als ob es im Augenblick keine wichtigere Angelegenheit in Spanien gäbe, als die alten Dorfstreitigkeiten zwischen Katalonien und Kastilien in stundenlangen Reden im Parlament zu erörtern!

Das Parlament kann sich die stete Hinausschiebung der Lösung des Agrarproblems leisten; denn im Lande draußen sind die Polizeikräfte tätig, die ungeduldrigen Landproleten in Schach zu halten. Neben starken Abteilungen der Guardia Civil erfreut sich eine andere Truppe, die Guardias de Asalto, das heißt die Ueberfallkommandos, einer besonderen Pflege. Es mag sein, daß diese Truppe — wie man manchmal hören kann — wegen ihrer größeren Verlässlichkeit in der Verteidigung der Republik gegenüber der Guardia Civil, die mehr zu konservativen Tendenzen neigt und auch heute noch nicht die nötige Wärme für die Republik aufgebracht hat, als Machtfaktor ins Spiel gebracht wird. Gegenüber dem Proletariat ergibt sich freilich kein Unterschied zwischen diesen beiden Formationen.

Polizei mit Karabiner, Militär mit aufgezacktem Bajonett sind in den meisten Gebieten, vor allem natürlich in den Aufstandsherden, alltägliche Erscheinungen. Die Post, Banken und andere wichtige Gebäude sind unter steter Bewachung. Eisenbahnzüge, ja selbst Autobusse haben einige Mann der Guardia Civil zur Bewachung bei sich. Auf den Landstraßen und in den Zügen werden häufig die Ausweis-papiere gefordert und bei verdächtigen Personen forschet man nach näheren Umständen der Reise und untersucht Gepäck und Taschen. Nicht nur die Wanderer auf den Landstraßen werden untersucht, sondern auch Autos werden aufgehalten. So hat man vor einigen Monaten einen bekannten kommunistischen Führer entdeckt, der von der Sowjet-Union, wohin er von Spanien geflohen war, nach Sevilla zur Teilnahme am Kongreß der KP reiste.

Dieses langsame Erstarren der Abwehrkräfte des Staates, die in den zersplitterten und planlosen Aufständen und Streiks der Arbeiter gößt und gestählt werden, trübt leider immer mehr die Aussichten für die Hebung der sozialen Lage des Proletariats. Die Gefahr, daß die mittelständlerischen Volksschichten in ihrer Verängstigung durch die zahlreichen törichtesten Terrorakte, vor allem durch die geradezu verbrecherischen Bombenattentate, denen fast immer nur völlig unschuldige Menschenleben zum Opfer fallen, immer lauter nach dem starken Mann rufen, wächst in erschrecklichem Maße. Nicht nur bürgerliche Kreise verlangen ein schärferes Vorgehen, sondern auch die Sozialdemokraten, die sehr schnell bei der Hand sind, alle Anführer der Streikenden als gekaufte Elemente hinzustellen. Es mag Provokateure genug geben, aber zweifellos liegen den Streiks berechtigte Motive zugrunde. Die freie Gewerkschaft, die eng mit der Sozial-

demokratischen Partei verbunden und damit auch an die Politik dieser Partei gebunden ist, trägt wegen ihres reformistischen Verhaltens keinen geringen Teil der Mitschuld daran, daß heute noch die Anarchisten einen entscheidenden, wenn auch langsam schwindenden Einfluß auf die Arbeiterschaft haben. Die Landarbeiter sehen mit Recht nicht ein,

welchen Wert die Arbeitsverträge haben sollen, wenn sie von seiten der Arbeitgeber nicht eingehalten werden.

Als in der Provinz Sevilla die Landarbeiterstreiks ausbrachen, hat man schnell in der Presse für die Landarbeiter günstige Arbeitsbedingungen und Lohntarife veröffentlicht, ähnlich den deutschen Beruhigungsspielen, die verabreicht wurden, als die Ungeduld der Arbeiterschaft bedrohliche Formen annahm. Man hat damals Flugblätter verbreitet mit dem Inhalt „Die Sozialisierung auf dem Marsche“. In Spanien versucht man die gleichen Manöver und entrüstet sich, wenn die Arbeiterschaft mit den papierernen Rechten nicht zufrieden ist. Die notleidenden Proletarier haben eben kein Verständnis für die dogmatische Auffassung der gutbezahlten Funktionäre der Partei und Gewerkschaft, wonach die Arbeiterschaft erst nach die Epoche der Ausbeutung durch die herrschende Klasse in der demokratischen Republik über sich ergehen lassen soll.

Wie die Quittung aussehen wird, die das Volk der Republik bei den nächsten Wahlen zu den Cortes ausstellen wird, das haben einige Wahlgelegenheiten gezeigt. Am 16. Mai haben in Cuenca Gemeindefwahlen stattgefunden, bei denen die 6 von den Rechten aufgestellten Kandidaten sämtlich gewählt wurden, während von den 5 linken Kandidaten nur einer durchkam. Das Stimmenverhältnis war so:

	Insgesamt	Rechtsparteien	Linksparteien
Am 12. April 1931	1853	687	918
Am 16. Mai 1932	2094	941	658

Viele Arbeiter, wohl auf anarchische Anweisung, haben ihre Zettel mit irgendwelchen Forderungen beschrieben, daher die hohe Zahl der ungültigen Stimmen. Es muß noch in Betracht gezogen werden, daß die Frauen bei dieser Wahl noch nicht beteiligt waren. Der Sieg der Rechten wäre in diesem Falle noch größer geworden.

Auch spätere Wahlen für die Ständekammern haben neue Siege der Rechten gebracht. Alles deutet darauf hin, daß die nächsten Wahlen eine erhebliche Reaktion bringen werden. Die Sozialdemokratische Partei wird beträchtliche Niederlagen einstecken müssen.

Die Gerüchte über eine Regierungskrise tauchen in regelmäßigen Abständen auf, ohne daß sie bis jetzt greifbare Formen angenommen hätten. Es ist nicht wahrscheinlich, daß ein Sturz der Regierung vor Verabschiedung des Statuts des katalonischen Staates und der Agrarreform Wirklichkeit wird. Nach Erledigung dieser beiden Arbeiten wird das Parlament mit größter Wahrscheinlichkeit aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Als den kommenden Mann kann man heute schon ALEXANDER LERROUX bezeichnen, der es geschickt verstanden hat die Verantwortung für alle Taten der Republik, obwohl er selber aktiver Förderer der republikanischen Bestrebungen war, auf die Personen der jetzigen Regierung zu laden. Ohne seine Zustimmung und der seiner Partei hätten die Gesetze nicht angenommen werden können. Trotzdem aber steht er mit Unschuldsmiene vor dem Volk und versteht es mit listiger Demagogie, sich in ein helles Licht zu rücken.

Ein völlig unsicherer Faktor in der spanischen Politik ist die Haltung der Anarchosyndikalisten. Die Parolen zur Stimmenthaltung können den Sieg der Rechten noch bedeutend erhöhen und damit die akute Gefahr einer Diktatur heraufbeschwören. Diese Gefahr ist umso größer, als selbst die Sozialdemokratische Partei gegenüber den Kommunisten und Anarchisten, also überhaupt allen revolutionären Elementen, ein möglichst scharfes Zugreifen nicht ungen schen würde. Auch in Spanien wird die Sozialdemokratie im Kampf gegen ihre linken Gegner eine reaktionäre Regierung nach der anderen „tolerieren“.

Straßenkämpfe in Chile.

in London, 21. Juni.

Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, haben schwere Straßenkämpfe in Chile stattgefunden. Die englische Botschaft wies den englischen Konsul an, ein Konzentrationslager für englische Bürger vorzubereiten. Viele Engländer sind auf die Schiffe gegangen. In Valparaiso gab es 20 Tote, 50 Verwundete.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

... Das Waffenstillstandsangebot entspringt der Initiative Ludendorffs. Die Archive müssen geöffnet werden. Die Aufrufe zur Nationalen Verteidigung sind unverantwortlich. ... Die Kronen rollen heute aufs Pflaster. Rings um uns werden sich Republiken aufbauen. Und da will Deutschland einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein? ...

Ebert bewegt nur leise die Daumen seiner zusammengelegten Hände. Dem neben ihm sitzenden alten Molkenbuhner zittert der Bart. Die Abgeordneten sind einen Moment lang sprachlos. Das „Hohe Haus“ scheint die Luft anzuhalten. Dann bricht es los — diese Rede ist glatter Verrat, ist eine Kampfansage gegen das Bestehende und offensichtliches Paktieren mit der Straße!

Das Toben scheint kein Ende nehmen zu wollen. Und dabei ist Haase im Grunde seines Wesens nicht kämpferisch, er ist eher nachgiebig und versöhnlich. Doch es drängt ihn, auszusprechen und in unzweideutigen Formulierungen festzulegen, was er als Wahrheit erkannt hat. Mit einer Geste beider Arme schafft er sich noch einmal Gehör für seine Schlussätze:

„Ihre Rufe, meine Herren, zeigen nur, daß Sie nichts hinzugelernt haben. Ueberhaupt hat sich in unserem militärisch bürokratischen System nichts geändert. Aber von der Entschlossenheit der Arbeiter wird es abhängen, ob die Befreiung der Menschheit bald erfolgt!“

Der Kanzler hat nach Beendigung seiner Rede das Haus verlassen, um sich zur Reichskanzlei fahren zu lassen. Am Brandenburger Tor kommt er an einem Zug herittener Schutzleute vorbei, die kurz vorher eine Attacke geritten

Brüning ist erholt — und wandert weiter zwischen zwei Welten.

Auf einer Zentrumsversammlung in Mainz sprach BRÜNING.

Einleitend sagte er einige Worte zu seiner Erholung von der Politik — „die Erholung besteht für Politiker besonders darin, daß sie nicht gezwungen sind, zu reden“ — und erwähnte die „schmerzlichen und bitteren Erfahrungen“, wohl die mit HINDENBURG, die ihn zwar „persönlich und menschlich betroffen“ haben, ihn jedoch nicht „körperlich oder seelisch auch nur im geringsten nur so weit erschüttern konnten, daß er „nicht bereit“ sei „außerhalb der Regierung weiter zu kämpfen“.

Er werde diesen Kampf niemals — wie man es ihm gegenüber getan habe — in der Form machen, daß er während schwieriger außenpolitischer Verhandlungen „vor das deutsche Volk trete und vor dem Ausland sage, diese Regierung hat keine Mehrheit hinter sich“.

„Es ist interessant, daß mit einem Male die Tonart der Presse, die mich jahrelang als Schwächling oder Verräter hingestellt hat, auffallende Milde in der Vertretung außenpolitischer Belange an den Tag legt. Für mich ist das nichts Neues, und wenn die Stunde einmal da ist, wo ich ohne Schädigung für die Außenpolitik sprechen kann, dann werde ich allerdings darüber reden.“

BRÜNING sagte dann, er werde jetzt auch über die Vorgänge, die zu seinem Sturz geführt hätten, nicht öffentlich reden, denn:

„in jeder Lage, in der sich ein Politiker befindet, muß er alles daran setzen, die Autorität des Staates zu stärken und den Glauben an die Autorität, soweit er kann, aufrechtzuerhalten.“

Aber über die Maßnahmen der neuen Regierung sagte BRÜNING einiges. Bei der Parole der neuen Regierungspresse: „keine neuen Notverordnungen mehr!“ habe er sich gesagt: „Mit welchem Dilletantismus muß hinter den Kulissen in den letzten zwei Monaten die Vorbereitung für die neue Regierung getroffen worden sein! Oder bezog sich diese

Welsheit noch auf etwas anderes? Hatte man vielleicht die Absicht, die frühere Regierung zu stürzen und eine neue hinzustellen, weil man einen Punkt in der Politik der alten Regierung unter allen Umständen unterminieren wollte?“

Dieser Punkt ist die Stabilität der Währung.

BRÜNING sprach dann noch über „die Operation“, vor der man nicht zurückschrecken dürfe, um die deutsche Landwirtschaft von dem Ungesunden, das sich in ihr angesammelt habe, zu heilen. Was für eine Operation?

„Den nicht lebensfähigen Teil des Grundbesitzes im Osten der Siedlung zu erschließen.“

BRÜNING ist erholt — aber nicht, was die Macht angeht, die hinter ihm steht. Konnte man schon den regierenden BRÜNING treffend als den Diktator ohne zuverlässige Machtpositionen bezeichnen, so fehlte dem oppositionellen Propagandisten BRÜNING erst recht die Unterstützung ausschlaggebender Machtgruppen.

Er ist wieder der „Wanderer zwischen zwei Welten“. Er setzt die Staatsautorität, und zwar die Autorität des bestehenden Staates, über alles — nun, darin werden ihm Herr VON GAYL und Herr VON SCHLEICHER aus warmem Herzen beipflichten. Wenn BRÜNING sich aber dies in den Kopf setzt, dann sollte in diesem Kopf nach den Gesetzen der Logik nicht außerdem noch Platz sein für ein anderes, von dem der Sicherung der Staatsautorität ganz unabhängigen Ziel; ein Ziel nämlich, das sich auf das bezieht, was die gesicherte Staatsautorität mit ihrer Macht anfangen soll. Hier hat BRÜNING Ansätze eines Programms in seinen Siedlungsplänen. Aber da kommt er mit seinem Hauptziel, der Sicherung der Staatsautorität, in Konflikt; denn dieselben Gruppen, die die Autorität dieses Staates verteidigen, wehren sich mit aller Macht und Staatsautorität gegen BRÜNING'S „Siedlungsbolschewismus“.

Herr BRÜNING mußte sich also entscheiden, in welche Welt er wandern will.

Blauer Montag in Lausanne.

Am Morgen:

Hinter verschlossenen Türen stundenlange Gespräche zwischen dem französischen und englischen Ministerpräsidenten.

Am Nachmittag:

Abbruch der offiziellen Sitzung.
Besprechung zwischen Frankreich, Deutschland, England.

Am Abend:

HERRIOT erklärt der Presse, daß keine U. bereinstimmung zwischen der deutschen und französischen Auffassung erreicht worden sei.

Der Motor, wie das „Berliner Tageblatt“ den geschäftigen MACDONALD nennt, hat versagt. Alle seine Versuche, in privaten Konferenzen vor allem den französischen Ministerpräsidenten zur Nachgiebigkeit zu bringen, sind fehlgeschlagen. Die für Montag nachmittag angesetzte

Sitzung, an der die Chöfs der sechs einladenden Mächte teilnehmen sollten, dauerte ganze zehn Minuten; die Anwesenden erfuhren lediglich, daß die auf Dienstag einberufene Vollversammlung der Reparationskonferenz auf unbestimmte Zeit verschoben worden sei.

Die privaten Unterhaltungen zwischen MACDONALD und HERRIOT am Vormittag, zwischen MACDONALD und PAPAN am Spätnachmittag werden streng vertraulich behandelt. Die Presse ist in Erregung, stellt Vermutungen an und drückt noch einmal ab, was wir bereits längst über den französischen, den englischen und den deutschen Standpunkt wissen.

Das Belgrader Militärgericht fällt heute das Urteil im Strafprozeß gegen die Marburger Offiziere, die der kommunistischen Verschwörung angeklagt worden waren. Zwei von ihnen wurden zum Tode verurteilt, sechs andere zu 10 bis 17 Jahren schweren Kerkers.

Bresche in die Zollmauern gelegt.

Die Vertreter Belgiens, Hollands und Luxemburgs haben ein Abkommen über die gegenseitige und fortschreitende Senkung der wirtschaftlichen Schranken getroffen. Sie verpflichten sich, gegenseitig keine neuen Zölle zu erheben und durch eine jährliche Zollbeschränkung von 10 Proz. das gegenwärtige Zollniveau zu senken. Das Abkommen steht allen anderen Staaten offen.

Es wird davon gesprochen, daß die skandinavischen Staaten zu einem entsprechenden Abkommen untereinander bereit wären, und daß dieser nordische Block zu dem belgisch-holländischen Zollbund hinzutreten werde.

Auf deutscher Seite wird der Abschluß des neuen Abkommens durchaus begrüßt. Das Gleiche wird von der Regierung der Vereinigten Staaten gemeldet.

Noch keine Hilfe für Oesterreich.

Die für Montag angesetzten Verhandlungen über die Aulöhe an Oesterreich sind wieder ergebnislos verlaufen. England und Italien haben zwar den Anteil, der gemäß dem aufgestellten Plan ihnen zugedacht war, fest zugesichert. Frankreich hält aber nach wie vor mit seiner Zustimmung zurück und verlangt politische Gegengaben; Deutschland hat seine Einwilligung an die Bedingung geknüpft, daß die bisher vorgesehene Aufrechterhaltung des Anschlußverbotes in Wegfall kommt — worauf Frankreich sich natürlich nicht einläßt.

Die böhmische Staatspolizei verhaftete am Sonntag 15 jugendliche Nationalsozialisten, die nach einer verbotenen Versammlung singend durch die Stadt Reichenberg in Böhmen zogen. Bei der Artilleriekaserne kam es zu Unruhen und zu einer Bedrohung der Kasernowache. Die Nationalsozialisten wurden am Montag dem Kreisgericht in Reichenberg eingeliefert.

und eine Arbeiterdemonstration auseinandergesprengt haben. Jetzt liegen der Platz hinter dem Brandenburger Tor und die „Linden“ fast menschenverlassen da. Kurz vor der Wilhelmstraße hat der Wagen des Prinzen einen Reifendefekt. Der Chauffeur flucht nicht, dafür ist er zu gut erzogen. Aber die Gelegenheit zu einer Erklärung läßt er sich nicht entgehen: „Ersatzreifen. Die anderen haben wir ja abgeben müssen, an die Heeresammelstelle!“ Das sagt er beim Stoppen, ganz schnell zu dem Beifahrer, doch so laut, daß der Kanzler es hören muß.

Im nächsten Moment steht er am Trittbrett. Der Prinz winkt ab. „Nein, keinen anderen Wagen, ist nicht nötig. Ich werde die kurze Strecke bis zur Reichskanzlei gehen.“

Der Fahrer reißt die Tür auf. Fahrer und Beifahrer stehen und warten, untadelig in ihrer Haltung, untadelig in ihren Uniformen. Bis der Prinz ausgestiegen und gegangen ist, dann holen sie sich Zigaretten hervor. Ein Droschkenkutscher reicht ihnen Feuer und starrt den schlaffen Reifen an. „Auf Latschen“, erklärt der Chauffeur.

„Ja, auf Latschen, ganz Berlin auf Latschen“, meint der Kutscher und versucht, dieses Thema weiter zu spinnen.

Die Triumphstraße der Reichshauptstadt, die Straße „Unter den Linden“, gleicht einem weiten, verlassenem Feld, keine jagenden Wagenkolonnen, keine flänierende Menschenmenge. Der Wind treibt das Laub, das in diesem Jahre früh gefallen ist, in Wellen vor den Füßen her. Nur wenige Menschen sind unterwegs, einzelne von der vorher stattgefundenen Demonstration abgesprengte Truppe.

Der Reichskanzler wird von ein paar Männern in Soldatenmänteln eingeholt, ihre schweren Schuhe schlagen hart aufs Pflaster. Ihn Vorbeigehen hört der Prinz sie sagen:

„Bis morgen abend bloß noch!“
„Mein Urlaub ist auch zu Ende!“
„Und in acht Tagen kann Friede sein!“
„Das ist es ja“, sagt der erste wieder.

Die Leute sehen gar nicht wie Soldaten aus, eher wie Arbeiter, die müde aus einer Fabrik kommen. Die Mäntel hängen ihnen lose von den Schultern. Im Dunstkreis der nächsten Laternen werden ihre Silhouetten unsicher, dann sind sie verschwunden. Der Prinz ist dem Zufall dankbar und eigentlich froh, sich die paar hundert Schritte treiben lassen zu können. Seine Gedanken laufen aber gleich wieder in den aufgezwungenen Bahnen:

Ludendorff, wenn er auch andere Heerführer hätte ahören lassen! Nein, er muß weg — wenn Wilson es ehrlich meint, muß die Parlamentarisierung ihm die gewünschten Garantien geben — Und wenn er es nicht ehrlich meint, dann muß er entlarvt werden. Ohne diese Entlarfung keine Nationale Verteidigung — Abdankung des Kaisers, Nein, soweit ist diese Frage noch nicht gediehen. Das deutsche Volk, so gebrochen ist es noch nicht, so würde los —

Im Schüssel des Prinzen hämmert die Grippe. Abwesend starrt er eine zerbrochene Fensterscheibe an, die mit Papier verklebt ist. Er sieht eine ausgestreckte Hand, und zehn Schritte weiter wird ihm erst bewußt, daß da eine Frau war mit einem Kind an der Seite und daß diese Frau für eine Bettlerin eigentlich zu gut angezogen war, dafür stand sie auch zu bescheiden in den Hausflur hineingedrückt.

Nach einer kurzen Wegstrecke biegt er in die Wilhelmstraße ein, die mit ihren Regierungshäusern zu dieser frühen Abendstunde schon völlig menschenverlassen daliegt und ihn aufnimmt wie ein dunkler feuchter Sack.

Eine knappe Stunde später liegt der Prinz im Bett. Der Adjutant hat sofort den Arzt rufen lassen. Der Arzt fühlt ihm den Puls — fünfundfünfzig. Er mißt die Temperatur — neununddreißig, acht; er klopfert und behört Herz und Lunge und stellt Raasselgeräusche über dem Brustbein und ein Pfeifen in den Bronchien fest. Er gibt ihm ein Präparat zur Herzstärkung und läßt für die Nacht ein Mittel gegen Kopfschmerzen da.

(Fortsetzung folgt.)

Gegen den Paragraphen 218!

o Offenburg, 16. Juni.

Vom hiesigen Landgericht wurde der Bezirksarzt Dr. MERK wegen Abtreibung, versuchter Abtreibung und gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Seine Assistenten Frau Dr. BAUER-HAUS und Dr. WEBER erhielten wegen Beihilfe sechs Monate bzw. sechs Wochen Gefängnis.

Der Offenburger Aerzte-Prozeß beansprucht aus mehreren Gründen ein größeres Interesse als die üblichen Prozesse wegen Uebertretungen des Paragraphen 218 StGB. Erstens ist es ungewöhnlich, daß ein beamteter Arzt und Leiter eines Krankenhauses wegen des Paragraphen 218 unter Anklage gestellt wird. Zweitens erstreckte sich die Anklage noch auf Körperverletzung (Paragraph 224 StGB), die darin bestehen sollte, daß die Angeklagten mit Einwilligung der betroffenen Frauen die operative Sterilisation (Unfruchtbarmachung) ausgeführt haben. Drittens war vom Beginn der Verhandlung an die Öffentlichkeit ausgeschlossen und der Presse der Zutritt nur gestattet unter der Bedingung, daß die Berichte vor ihrer Absendung dem Gericht vorgelegt wurden.

Die Urteilsbegründung hebt hervor, daß in Fällen, in denen weder medizinische noch soziale Gründe vorliegen, die Sterilisation vom Rechtsstandpunkt aus als Körperverletzung gewürdigt werden muß. Sie ist nur in äußersten Notfällen erlaubt, das heißt nicht strafbar, da „die wirtschaftliche Lage einen Zustand darstelle, der sich jeder Zeit ändern könne“.

Mit einer solchen Begründung ist aber dem freien Ermessen des verantwortungsvollen Arztes die Anwendung des zuverlässigsten Mittels der Geburtenregelung eingeeengt. Kein Arzt kann in einem bestimmten Fall vorauswissen, ob nach Ansicht eines Gerichts, das eines Tages seine Handlungen überprüfen wird, mit einer Aenderung der wirtschaftlichen Lage zu rechnen war. Soll der Arzt vielleicht erst jedesmal untersuchen, ob seine Patientin oder deren Mann Lotterie spielt oder wettet? Das Urteil muß aber von Aerzten nicht nur wegen der Einschränkung der Berücksichtigung sozialer Gründe bekämpft werden, sondern schon wegen des prinzipiellen Gedankengangs, daß die bloße Möglichkeit der Aenderung eines Zustandes dem Arzt einen operativen Eingriff verbietet. Dieser Gedankengang — würde er Gemeingut der deutschen Gerichte — könnte beinahe jeden operativen Eingriff des Arztes zu einer Körperverletzung stempeln, da wir Aerzte bei vielen Erkrankungen, die wir operativ bessern können, die Möglichkeit von spontaner Heilung zugeben müssen. Es kommt aber nicht auf die Möglichkeit einer solchen Heilung ohne Operation an, sondern darauf, ob für einen bestimmten Fall eine beträchtliche Wahrscheinlichkeit auf Eintritt der Heilung besteht oder nicht.

In den wegen Abtreibung zur Verhandlung stehenden Fällen handelt es sich, wie ständig in solchen Prozessen, um

die Frage der Zulässigkeit der sozialen Indikation. Unter Indikation versteht der Arzt die Gründe, die ihn zu einer bestimmten Heilbehandlung veranlassen. Nicht unter den Paragraphen 218 fallen Abtreibungen aus medizinischen Indikationen, d. h. wenn die Fruchtbeseitigung nötig war, um augenblickliche oder kommende Gefahren für das Leben der Mutter abzuwenden. Da es aber dem besten Arzt nicht möglich ist, mit Sicherheit vorauszusagen, ob in einem gegebenen Fall die Austragung der Leibesfrucht Tod oder Siechtum der Mutter bedingt, wird selbst von den konservativsten Befürwortern des Paragraphen 218 zugestanden, daß schon eine *voraussichtliche* Gefährdung der Gesundheit der Mutter die Indikation zur erlaubten Fruchtbeseitigung darstellt.

W. HELLPACH, der vormalige badische Unterrichtsminister und Staatspräsident, den man wahrlich nicht als besonders radikal verdächtigen kann, hat mit Recht ausgeführt, daß der Arzt mit dem Begriff der Gesundheit allein nicht viel anfangen kann. Die Feststellungen „gesund“ oder „nicht gesund“ sagen nur aus, ob irgend welche Organe normal oder nicht normal arbeiten. Für den Arzt kommt es aber darauf an, ob seine Patienten den Aufgaben, die ihre Umwelt an sie stellt, bestmöglich gewachsen sind. Es kommt nicht auf die *Gesundheit*, sondern auf die *Rüstigkeit* an. „Eine arme Mutter von sechs oder acht Kindern muß, selbst wenn sie nur den Haushalt führt und nicht noch hinzu verdienen muß, rüstiger sein als eine kinderlose Frau mit zwei Dienstmägden.“

Die Anerkennung dieser HELLPACHSchen Auffassung würde in vielen Fällen bedeuten, daß die bisher vom Gericht meist abgelehnte „soziale Indikation“ zur Schwangerschaftsunterbrechung als erweiterte „medizinische Indikation“ anerkannt werden müßte und dem Arzt dann der Eingriff erlaubt wäre.

Die gleiche Ansicht wird übrigens, wenn es sich nicht gerade um den Paragraphen 218 handelt, allgemein von den Aerzten anerkannt: Nicht das kranke Organ als solches bestimmt allein die Heilmethode, sondern die Wirkung der Krankheit auf die soziale Leistungsfähigkeit des Erkrankten ist mitbestimmend. Es gibt für den gewissenhaften Arzt keine Indikation, bei der nicht sowohl medizinische wie soziale Momente verwertet werden. Deshalb müssen wir es als verantwortungsvolle Aerzte ablehnen, daß Staatsanwalt und Gerichte sich für befugt halten, die ärztliche Hilfeleistung einzuschränken. Eine solche Bevormundung wird sogar von bürgerlichen Aerzten abgelehnt. So schreibt der Mitherausgeber der „Medizinischen Welt“, C. E. BENDA: „Der Arzt kann und muß fordern, daß sein Beruf nicht das Opfer der weltanschaulichen und politischen Kämpfe wird, sondern daß ihm in allem Streit die Freiheit gewährt wird, da helfen zu können und helfen zu dürfen, wo diese Hilfe verlangt wird, und er seinerseits die Notwendigkeit einer Hilfeleistung anerkennt.“

Wer es für richtig hält, daß, wie im Offenburger Prozeß, Aerzte, die sich übrigens sogar als Anhänger des Paragraphen 218 bekennen, ins Gefängnis geschickt werden, weil ihre Richter glauben, in den vorliegenden Fällen wäre eine andere Handlungsweise nach ärztlichem Ermessen richtiger gewesen, soll konsequent sein. Dann müßte nämlich auch jeder Staatsanwalt, dessen Antrag vom Gericht abgelehnt wird, oder jeder Richter, dessen Urteil von der nächsten Instanz verworfen wird, mit Gefängnis bestraft werden!

Schon um der Freiheit des verantwortlichen ärztlichen Handelns willen müssen wir Aerzte — ganz abgesehen von der politischen Seite der Frage — die Abschaffung des heutigen Paragraphen 218 fordern.

Dr. med. Ernst Fischer.

Die Kirche paßt sich an.

In Frankfurt/Oder fand am Sonnabend und Sonntag der 30. Katholikentag des Bistums Berlin statt. Ueber 10 000 Teilnehmer trafen aus allen Gegenden des Ostens ein; 21 Vertreterversammlungen wurden veranstaltet, darunter die des Volksvereins für das katholische Deutschland, auf der der Vorsitzende, der ehemalige Reichskanzler MARX, über die katholische Schule sprach.

In der öffentlichen Versammlung am Sonntagnachmittag war der Jesuitenpater MUCKERMANN herbeigeholt worden, um die Gläubigen, deren irdische Wünsche vielleicht zu den neuen Heilsversprechern der NS hinüberneigen, mit dem Trost zu erfüllen, daß auch der Katholizismus Verständnis für die Not und die Sehnsucht der Zeit besitzt: „Der Katholizismus bekennt sich zum lebendigen Volkstum und betont auch innerhalb der Religion heute mehr den Organismus als die Organisation. Die Siedlungsfrage ist ihm darum so wichtig, weil sie den Menschen der Erde zurückgibt und weil nur so der Nachwuchs erbgesunder Familien in Staat und Kirche gesichert werden kann. Da die gesamte menschliche Gesellschaft nicht zuletzt durch die ungerechte Güterverteilung von heute zu einem chaotischen Gebilde geworden ist, in dem sich der einzelne nicht glücklich fühlen kann, so tritt der Katholizismus für eine neue Gesellschaftsordnung ein mit dem Ziel der Entproletarisierung der Massen und einer wohlgegliederten Volkswirtschaft.“

Der Katholizismus bekennt sich vor seinen Hörern stets zu den Forderungen des Tages, die dann zu den uralten Forderungen dieser Institution umgebogen werden. Die Gefolgschaft, die sich die Kirche so sichert, würde aber nicht zuverlässig sein, wenn nicht die *Organisation* des Katholizismus, von der MUCKERMANN behauptet, daß sie heute hinter dem lebendigen Leben des katholischen Organismus zurücktrete, die Mitglieder von Jugend auf beherrsche.

Was MARX im „Volksverein“ für das Schul- und Bildungswesen erreicht, schafft mitsamt Beichtstuhl und Rosenkranz erst den aufnahmefähigen Boden, auf dem dann MUCKERMANN seine tagespolitischen Erfolge einheimen kann.

Nach dem Abbau. Material gegen Papen und Genossen.

Die neuen Sätze der Arbeitslosenunterstützung.

In der folgenden Tabelle sind die neuen Sätze der Arbeitslosenunterstützung, nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. Juni, zusammengestellt. Unter jeder Zahl ist in Klammern die bisherige Unterstützung angegeben. Die Zahlen geben die Wochen-Unterstützung in Mark an. Die fettgedruckten Zahlen umfassen die paar Fälle von Unterstützungserhöhung, die in einigen Fällen bei Verheirateten in unteren Lohnklassen und in größeren Städten eintritt. In allen anderen Fällen beherrscht der Abbau das trostlose Feld dieser Tabelle.

Lohnklasse	In Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A, bei einer Zahl zuschlagsberechtigter Angehörigen von						In Orten der Ortsklasse B bis E mit mehr als 10 000 Einwohnern, bei einer Zahl zuschlagsberechtigter Angehörigen von						In Orten der Ortsklassen B bis E mit 10 000 Einwohnern und weniger, bei einer Zahl zuschlagsberechtigter Angehörigen von					
	0	1	2	3	4	5 u. mehr	0	1	2	3	4	5 u. mehr	0	1	2	3	4	5 u. mehr
I. (bis 10 M Wochenverdienst)	5,10 (5,60)	6,60 (6,00)	6,60 (6,40)	6,60 (6,40)	6,60 (6,40)	6,60 (6,40)	5,10 (5,60)	6,60 (6,00)	6,60 (6,40)	6,60 (6,40)	6,60 (6,40)	6,60 (6,40)	4,50 (5,60)	5,70 (6,00)	5,70 (6,40)	5,70 (6,40)	5,70 (6,40)	5,70 (6,40)
II. (10 bis 14 M Wochenverdienst)	6,00 (7,20)	7,50 (7,80)	9,00 (8,40)	10,50 (9,00)	10,50 (9,60)	10,50 (9,60)	6,00 (7,20)	7,50 (7,80)	9,00 (8,40)	10,50 (9,00)	10,50 (9,60)	10,50 (9,60)	4,50 (7,20)	5,70 (7,80)	6,90 (8,40)	8,10 (9,00)	8,10 (9,60)	8,10 (9,60)
III. (14 bis 18 M Wochenverdienst)	7,20 (8,00)	9,00 (8,80)	10,80 (9,60)	12,60 (10,40)	12,60 (11,20)	12,60 (12,00)	6,90 (8,00)	7,50 (8,60)	9,00 (9,60)	10,50 (10,40)	10,50 (11,20)	10,50 (12,00)	5,10 (8,00)	6,60 (8,80)	8,10 (9,60)	9,60 (10,40)	9,60 (11,20)	9,60 (12,00)
IV. (18 bis 24 M Wochenverdienst)	8,40 (8,82)	10,20 (9,87)	12,00 (10,92)	13,80 (11,97)	15,60 (13,02)	15,60 (14,07)	7,20 (8,82)	9,00 (9,87)	10,80 (10,92)	12,60 (11,97)	14,40 (13,02)	14,40 (15,12)	6,00 (8,82)	7,50 (9,87)	9,00 (10,92)	10,50 (11,97)	12,00 (13,02)	12,00 (15,12)
V. (24 bis 30 M Wochenverdienst)	8,40 (9,15)	10,20 (10,80)	12,00 (12,15)	13,80 (13,50)	15,60 (14,85)	17,40 (17,55)	7,20 (9,15)	9,00 (10,80)	10,80 (12,15)	12,60 (13,50)	14,40 (14,85)	16,20 (17,55)	6,00 (9,15)	7,50 (10,80)	9,00 (12,50)	10,50 (13,50)	12,00 (14,85)	13,50 (17,55)
VI. (30 bis 36 M Wochenverdienst)	8,40 (11,55)	10,20 (13,20)	12,00 (14,85)	13,80 (16,50)	15,60 (18,15)	17,40 (19,96)	7,20 (11,55)	9,00 (13,20)	10,80 (14,85)	12,60 (16,50)	14,40 (18,15)	16,20 (19,96)	6,00 (11,55)	7,50 (13,20)	9,00 (14,85)	10,50 (16,50)	12,00 (18,15)	13,50 (19,96)
VII. (36 bis 42 M Wochenverdienst)	9,90 (12,67)	12,30 (14,43)	14,70 (16,57)	17,10 (18,53)	19,50 (20,48)	21,90 (22,32)	8,40 (12,67)	10,20 (14,43)	12,00 (16,57)	13,80 (18,53)	15,60 (20,48)	17,40 (22,32)	7,20 (12,67)	9,00 (14,43)	10,80 (16,57)	12,60 (18,53)	14,40 (20,48)	16,20 (22,32)
VIII. (42 bis 48 M Wochenverdienst)	9,90 (13,50)	12,30 (15,75)	14,70 (18,00)	17,10 (20,25)	19,50 (22,50)	21,90 (24,75)	8,40 (13,50)	10,20 (15,75)	12,00 (18,00)	13,80 (20,25)	15,60 (22,50)	17,40 (24,75)	7,20 (13,50)	9,00 (15,75)	10,80 (18,00)	12,60 (20,25)	14,40 (22,50)	16,20 (24,75)
IX. (48 bis 54 M Wochenverdienst)	11,70 (15,30)	14,40 (17,85)	17,10 (20,40)	19,80 (22,95)	22,50 (25,50)	25,20 (30,60)	9,90 (15,30)	12,30 (17,85)	14,70 (20,40)	17,10 (22,95)	19,50 (25,50)	21,90 (30,60)	7,20 (15,30)	9,00 (17,85)	10,80 (20,40)	12,60 (22,95)	14,40 (25,50)	16,20 (30,60)
X. (54 bis 60 M Wochenverdienst)	11,70 (17,10)	14,40 (19,95)	17,10 (22,80)	19,80 (25,65)	22,50 (28,50)	25,20 (31,35)	9,90 (17,10)	12,30 (19,95)	14,70 (22,80)	17,10 (25,65)	19,50 (28,50)	21,90 (31,35)	7,20 (17,10)	9,00 (19,95)	10,80 (22,80)	12,60 (25,65)	14,40 (28,50)	16,20 (31,35)
XI. (über 60 M Wochenverdienst)	11,70 (18,90)	14,40 (22,05)	17,10 (25,20)	19,80 (28,35)	22,50 (31,50)	25,20 (37,80)	9,90 (18,90)	12,30 (22,05)	14,70 (25,20)	17,10 (28,35)	19,50 (31,50)	21,90 (37,80)	7,20 (18,90)	9,00 (22,05)	10,80 (25,20)	12,60 (28,35)	14,40 (31,50)	16,20 (37,80)

Abbau dem Abbau-Papen.

Zur Unterstützungskürzung.

F. G. Neben einer Unterstützungserhöhung für Verheiratete in einigen unteren Lohnklassen und größeren Städten, einer Erhöhung, die im Durchschnitt etwa 8 Prozent beträgt, wird in der neuen Verordnung nur Abbau verordnet. Während BRÜNING'S aufsehenerregende Notverordnung vom 5. Juni 1931 Unterstützungssenkungen von 6 bis 15 Prozent, im Durchschnitt von 11 Prozent brachte, legt sich die Regierung PAPEN ganz anders ins Zeug:

Wir haben hier eine Unterstützungskürzung von durchschnittlich 23 Prozent.

Von der Rekordkürzung wird ein Jungeselle hoher Lohnklasse in kleinen Orten betroffen: seine Unterstützung wird abgebaut von 18,90 auf 8,40 Mark, d. h. um 56 Prozent!

Ein weiterer Abbau ist in der Zeitdauer des Unterstützungsanspruchs eingetreten. Während bisher ein „versicherungsmäßiger Anspruch“ für 20 Wochen bestand, besteht er nach der neuen Verordnung nur noch für sechs Wochen.

Nach Ablauf dieser sechs Wochen ist die Auszahlung einer Unterstützung abhängig von dem Ausfall einer Bedürftigkeitsprüfung.

Damit die Gemeinden, die diese Prüfung ausführen, nicht zu weiterhelfen verfahren, werden sie bei der Zuteilung der Mittel äußerst knapp gehalten; und die drohende Sperrung der Reichsbeihilfen schwebt ständig über ihnen.

Da die Vorschriften über die Aenderungen in der Arbeitslosenversicherung am 27. Juni in Kraft treten, gelten die neuen Unterstützungssätze frühestens von diesem Termin ab. Jedoch dürfen die bisher geltenden Sätze noch bis zum 23. Juli 1932 weitergezahlt werden. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung trifft die näheren Bestimmungen für den Uebergang.

Der 23. Juli ist ein interessanter Termin bei dieser Regelung; er fällt auf den Sonnabend. Wenn die neuen Sätze

dann ab Montag, dem 25. Juli, gelten, wird die erste gekürzte Unterstützung am Montag, dem 1. August, also am Tage nach der Reichstagswahl ausgezahlt. Diejenigen also von den 6 Millionen Arbeitslosen, denen HITLER mit seinen Phrasen die Pudelmütze tief genug über die Ohren gezogen hat, merken frühestens 15 Stunden zu spät, daß das „System“ der Barone, von den Nazis freudig begrüßt, die unteren Schichten des Volkes noch ganz anders schröpft als das „System“ BRÜNING dies getan hat.

Wie diese Verordnung der Regierung PAPEN zu beurteilen ist, sagt die „Gewerkschaftszeitung“ deutlich:

„Die Versicherung ist mit dieser Verordnung zerstört, sie ist tatsächlich keine Versicherung mehr. HITLER und Konsorten haben erreicht, was sie wollten.“

Und wenn die „Gewerkschaftszeitung“ weiter schreibt: „An den Arbeitern wird es liegen, bei der Wahl entsprechend zu antworten“, so ist das richtig. An den Gewerkschaftsführern aber ist es, die Arbeiterparteien zu einer einheitlichen Front zusammenzubringen, damit überhaupt erst „die Arbeiter entsprechend antworten“ können, damit der HITLER-Flut, die PAPEN-SCHLEICHER für ihre Zwecke nutzen möchten, ein Damm entgegengestellt wird.

Brief von der RGO-Konferenz. Eine Walze, die nicht der Einheitsfront dient.

E. H. Erfurt, 19. Juni.
Die RGO, Gruppe Groß-Thüringen, hatte in Erfurt am 18. und 19. Juni eine Bezirkskonferenz.

Die Taktik der RGO hat nach den neuen Richtlinien, die auf dieser Konferenz entwickelt wurden, eine gewisse Schwenkung erfahren. Besonderer Wert wird auf die inner-gewerkschaftliche Arbeit gelegt, und es wird deshalb den in den freien Gewerkschaften tätigen Mitgliedern nahegelegt, alles zu vermeiden, was einen Ausschluß aus den Gewerkschaften zur Folge haben könnte. Es ist außerordentlich viel theoretische Arbeit darauf verwendet worden, Mittel und Wege ausfindig zu machen, RGO-Mitgliedern Einfluß auf alle Instanzen der Gewerkschaften zu verschaffen, die Verbindung herzustellen mit Arbeitern, die mit dem bisherigen Kurs der Gewerkschaften unzufrieden sind, sich um alle Tagessorgen der Arbeiter zu kümmern, sie zu beraten und ihre Interessen dem Unternehmer, den Behörden gegenüber zu vertreten.

Aber das alte Ziel der KP, mit Hilfe der RGO die Gewerkschaften zu erobern und unter ihren Einfluß zu bringen, ist mit den neuen Richtlinien keineswegs aufgegeben worden. Im Gegenteil, diese Konferenz ließ klar zutage treten, daß die Eroberung der Gewerkschaften für die KP die vornehmste Aufgabe der RGO ist; die KP denkt zunächst noch immer nicht ernstlich daran, die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften zu achten und aus den Gewerkschaften durch selbstlose, rein gewerkschaftliche Arbeit wieder ein gewerkschaftliches Kampfinstrument der Arbeiter zu machen. Die KPD fährt fort, die gewerkschaftliche Einheit zu gefährden durch selbständige organisierte Zusammenfassung der RGO, durch bewußte und betonte Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, durch die selbständigen Konferenzen der RGO, durch die eigene gewerkschaftliche Presse der RGO und die bewußte Herausarbeitung des Gegensatzes zwischen RGO und ADGB.

Aus dem Hauptreferat der Tagung, welches von einem Funktionär des Reichskomitees der RGO gehalten wurde, bringe ich im folgenden einige Äußerungen, die sich besonders auf die Stellung zur SPD- und ADGB-Führung beziehen. Der Referent trennt scharf die sozialdemokratischen Arbeiter und die gewerkschaftlichen Mitglieder, mit denen jederzeit die RGO und die KP zu einer Verständigung und zum gemeinsamen Handeln bereit sei, von der Führung der SP und des ADGB, mit denen eine Verständigung völlig ausgeschlossen sei. Er empfiehlt stillschweigend den Arbeitern aller Parteirichtungen die KP und RGO als die allein zur Führung berufenen Organisationen, ohne den (gewiß schwierigen) Beweis anzutreten, durch welche richtigen und verständlichen Maßnahmen sich diese Organisationen den Anspruch auf Führung verdient hätten.

Im übrigen hatte der Referent auf seiner Walze folgende Stellen:

Sozialfaschismus und Nationalfaschismus haben beide die gleiche Aufgabe: die Arbeiterschaft zu zersetzen, um der Bourgeoisie die Möglichkeit zu geben, zu herrschen. Der Sozialfaschismus soll mit den Mitteln des Betruges arbeiten, der Nationalfaschismus mit den Mitteln des Terrors.

Durch sein Arbeitsbeschaffungsprogramm wollte der ADGB Hoffnungen wecken, um gleichzeitig zu verhindern, daß der Kampf gegen die Notverordnungen organisiert wurde. Die RGO hat den Schwindel des Arbeitsbeschaffungsprogramms des ADGB entlarvt. Der ADGB setzt seinen Betrug weiter fort, um seine Rolle als soziale Stütze der Bourgeoisie durchführen zu können.

Die SPD und der ADGB sind die praktischen Wegbereiter des Faschismus gewesen, mit ihrer Politik des kleineren Übels, mit der Tolerierung der Notverordnungen und mit der Wahl HINDENBURGS.

Die Tarifverträge bezeichnet der Referent als etwas Positives und Verteidigungswertes.

Aufgabe der RGO: den Kampf der Gewerkschaften eingliedern in die antifaschistische Aktion.

Einheitlicher Protest der Gewerkschaften.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen (ADGB, AFA-Bund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände, Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter) haben einmütig in einer Erklärung gegen die neue Notverordnung protestiert.

Die schlimmsten Befürchtungen seien weit übertroffen, die Arbeitslosenversicherung praktisch beseitigt.

„Kein Arbeitsbeschaffungsplan, auch sonst kein aufbauender, in die Zukunft weisender Gedanke, der eine Besserung der furchtbaren Wirtschaftslage und ein Ende der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes erhoffen läßt, ist zu erkennen.“

Leider sind auch die Freien Gewerkschaften auf folgenden Leim gekrochen: „Die Gewerkschaften . . . verlangen im Geist wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten.“ Den Geist wahrer Volksgemeinschaft können wir uns schenken, solange wir in einer Gesellschaft leben, in der eine sozial gerechte Verteilung der Lasten nur im Kampf der unterdrückten Klasse gegen die herrschende erkämpft werden kann.

Freigewerkschaftlicher Erfolg bei der Betriebsratswahl.

Durch das Ausscheiden von RGO-Betriebsräten entsprach der Betriebsrat auf der Zeche „Robert Müser“ in Bochum-Harpen in seiner Stärke nicht mehr den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes. Deshalb fanden auf Zeche „Robert Müser“ in diesen Tagen Betriebsratswahlen statt, die den freien Gewerkschaften Erfolge brachten.

Es erhielten	absolut	in Prozenten	Zunahme
Stimmen	1931 1932	1931 1932	Abnahme
Freie Gew.	1037 901	53,8 62,7	+ 8,8 %
Christl. Gew.	372 175	19,3 12,2	- 7,1 %
RGO	364 216	18,9 15,0	- 3,9 %
Gelbe	— 31	— 2,2	+ 2,2 %
NS-Liste	154 115	8,0 7,1	- 0,9 %

Das Ende der Demokratie. Was sollen wir tun?

W—er. Ueber dieses Thema veranstaltete der ISK eine öffentliche Versammlung im Hackoschen Hof. In der einleitenden Rede zeigte FRITZ GROB, daß die Demokratie, welche von den vielen Schattierungen man auch darunter verstehen mag, kurz vor der völligen Beseitigung stehe. Als Ausweg aus dem Dilemma, in das die Arbeiterschaft durch eigene und fremde Schuld geraten ist, schlug er vor, daß man alle Kräfte aufbieten solle, dem im Gang sich befindenden sogenannten Volksbegehren der Arbeiterschaft an die Adresse des ADGB zum Erfolge zu verhelfen.

Wir haben über dieses Volksbegehren schon öfters berichtet. Es handelt sich darum, daß Unterschriften-Sammlisten im Umlauf sind, die dazu auffordern, sich dem Volksbegehren der Arbeiterschaft anzuschließen und also den ADGB und die anderen freigewerkschaftlichen Spitzenverbände zu beauftragen, die Initiative zu ergreifen, um die beiden feindlichen Brüder KP und SP wenigstens so weit zu einigen, daß sie zum 31. Juli gemeinsame Wahlvorschläge herausgeben — nicht etwa nur Listenvorbereitung eingehen. Von diesem Akt versprechen wir uns, daß jede der beteiligten Parteien nur gewinnen kann, und zwar alle die Wähler, die angewidert durch den Bruderkampf und vor allem durch die rohen Formen, die dabei eingerissen sind, zunächst noch vorhaben, sich an der nächsten Wahl nicht zu beteiligen. Dann aber, und das ist noch wesentlich wichtiger, wird der Geist der Bereitschaft und der Solidarität durch diese gemeinsame Aktion so gefördert werden, daß er über die bloße gemeinsame Reichstagswahl hinaus die Arbeiterschaft zu neuen kraftvollen Taten wird begeistern können.

Gegen diesen Vorschlag wurden im wesentlichen nur zwei „Einwände“ gemacht: 1. Er ist nicht durchführbar, denn die Führer werden doch nicht . . . ! Sie glauben doch nicht etwa . . . ? — Dazu ist zu sagen:

dann schadet jedenfalls die Unterschriftensammlung nichts; dann wissen wir wenigstens, wer die Einheitsfront sabotiert.

2. Es ist für die KPD unmöglich, darauf zu verzichten, die Taten der SPD zu kritisieren; denn diese hätte viele Stunden gegen die Arbeiterschaft auf dem Kerbholz. — Dazu wurde gesagt, daß die Kritik auch nicht verboten werden sollte, daß aber das unwürdige und häufig sogar schwindelhafte Herunterreißen der Arbeiterfunktionäre unterlassen werden müßte.

Die Versammlung war bewegt und bis auf einige kleine Entgleisungen sachlich und ernsthaft. Man sieht förmlich, wie sehr den Genossen der Gedanke der Einheitsfront sympathisch ist. Wer nicht mehr sparsam mit der Zeit umgeht und sie vielleicht gar zu Abschweifungen benutzt, wird unwillig unterbrochen. Ein Zeichen der Zeit, das die Führer sich ansehen sollten.

Das zusammenfassende Schlußwort gipfelte in der Feststellung, daß es bei der Schaffung der Einheitsfront selbstverständlich nicht darauf ankäme, sich der Posten wegen, die einige Führer inne hätten, in die Schwierigkeiten einer solchen Einheitsfrontarbeit zu stürzen. Ausschlaggebend für die Bemühungen, KPD und SPD zusammenzubringen für solche Aktionen, ist die Erkenntnis, daß der Arbeiterschaft kein anderer Weg zur Verfügung steht. Wenn aber das der Fall ist, und es wurde kaum bestritten, obwohl von der „Eisernen Front“ über alle Schattierungen hinweg Vertreter aller proletarischen politischen Richtungen erschienen waren, — dann ist es kindisch, wegen der berechtigten ablehnenden Gefühle gegen SEVERING und andere Männer der SPD oder gegen THÄLMANN und andere Männer der KPD darauf zu verzichten, die gemeinsame Front herzustellen zu versuchen.

Die Anwesenden waren offenbar einverstanden; denn die Nachfrage nach Sammlisten wurde nach Schluß der Versammlung sehr reg.

Tod im Bergwerk.

Im ersten Vierteljahr 1932 sind im Bereiche des Oberbergamtsbezirkes Dortmund 7710 Unfälle vorgekommen. Auf 1000 Beschäftigte entfielen somit 45 497 Unfälle.

In derselben Zeit sind 69 Bergleute des genannten Bezirkes tödlich verunglückt.

„Wir schaufeln unsre Gräber,
Wir graben selbst uns ein.
Wir müssen Totengräber
Und Leich' in einem sein.“

Notbarometer steigt!

T. H. Gestern ist in den Gemeinden des Landkreises Kassel durch Ortsschulle bekannt gemacht worden, daß die Auszahlung der Unterstützung für Wohlfahrtsverbände an dem bevorstehenden Zahltermin nicht möglich und für die nachfolgenden Zahltermine sehr unsicher sei.

Die 4000 Wohlfahrtsverbandslosen dieses Landkreises stehen also vor dem Nichts.

Die wachsende Zahl der Wohlfahrtsverbandslosen übersteigt längst das Zahlungsvermögen des Bezirksfürsorgeverbandes für den Landkreis Kassel. Der Kreis beantragt von Monat zu Monat eine außerordentliche Staatsbeihilfe bei der Preußischen Regierung. Diese Beihilfe ist jetzt ausgeblieben und hat unmittelbar das Versagen der Wohlfahrtskassen in den Gemeinden zur Folge gehabt. Da die Gemeinden selbst nur noch über kümmerliche Einkünfte verfügen und ihre Außenstände nicht betreiben können, so ist zu erwarten, daß tatsächlich noch nicht einmal 30 Prozent der Unterstützungen gezahlt werden.

In guten Händen, nämlich in denen des NS KERRL, liegt die Entscheidung darüber, wer den Sachschaden bezahlen soll, den die NS seiner Zeit bei der Schlägerei im Landtag angerichtet hatten. Auf eine Kleine Anfrage des Abg. BIESTER (Hannoveraner), ob die Regierung bereit sei, den Schaden feststellen zu lassen und ihn auf die an der Schlägerei beteiligten Fraktionen umzulegen, hat der preußische Innenminister nämlich jetzt folgende Antwort erteilt: „Nach Art. 20 der Verfassung des Freistaates Preußen verwaltet der Präsident des Landtages dessen gesamte wirtschaftliche Angelegenheiten mit den Befugnissen eines Staatsministers; er übt auch das Hausrecht und die Polizeigewalt im Landtagsgebäude aus. Das Staatsministerium ist daher zu den gewünschten Feststellungen nicht in der Lage.“

Internationale Hilfs-Vereinigung, Bezirk Berlin-Brandenburg
Berlin SW 68, Wilhelmstraße 135, Tel. Bergmann 87 36.

Ordnung: Charlottenburg, Donnerstags, am 23. Juni, 3 Uhr, Mitglieder-
versammlung im Hotel „Groschen“, Restaurant „Rosa Bräun“,
Deutsche Friedensgesellschaft.

Donnerstag, 23. Juni, 20.30 Uhr, im Restaurant „Zur Humboldt-Hütte“,
Berlin N, Brunnenstr. 94 (Nähe Bahnhof Gesundbrunnen). Dr. Otto Reine-
mann spricht über: „Die Gefahr der Arbeitsdienstpflicht“. Gäste willkommen!

Rundfunksendungen

bringen wir einstweilen nicht, da wir der Arbeiterschaft empfehlen, diese reaktionäre Einrichtung zu boykottieren.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S14, Inselstr. 8a. Tel.: F7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge
Damen-Mäntel
Tadelloser Sitz

Schönheit

MAGDEBURG
O.v. Guerickestr.
104, H.r. l.

Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel

Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2 358
Bei Vorzegl. d. Inserates 5 % Rabatt!

Bürobedarfsartikel.

Reparaturen und Reinigungs-
von Schreibmaschinen.

A. H. Timmermann.
Hamburg / Berestraße 8.
Telephon: 25 53 42.

Freunde und Leser des

„Funkens“

Unterschiedl. Euro Zeitung!

Werd! Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Gewirgt bei Einliefern
sichere Inserenten!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt

Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen

Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F1 Moritzplatz 5471

Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine)

garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:

Post-Paketen 8 Pfd. netto nur 2,30 RM.

Frei Haus gegen Voreinsendung auf

Postcheck Magdeburg 179 24.

Friskost-Reformhaus

Ernst Held, Magdeburg

Otto v. Guerickestraße 104.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.

Festspiele des Films:

Juni:
20.-22. Eisenstein:
Panzerkreuzer Potemkin.
Turksib (Der Bau einer Eisenbahn).
Kulturfilm: Blum, Wasser und Wogen.
Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Das Fiasko der Demokratie und in dessen Gefolge die drohende Gefahr der kalten Faschisierung mahnen jeden Sozialisten, den Aberglauben an die Macht der Mehrheit zu brechen.

Diesem Gebot der Stunde nachzukommen, brachten wir soeben in dritter, unveränderter Auflage heraus:

Demokratie und Führerschaft.

Von LEONARD NELSON.

Dritte Auflage. 176 Seiten.

Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Steger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbesahlte Schwätzer dem vornahmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S14, Inselstraße 8a.

Postscheckkonto: Berlin 813 42.

„Mit Ausnahme der Kommunisten . . .“ Meinungsfreiheit im Rundfunk?

Bg. Nach einer neuen Verfügung des Reichsinnenministers soll während des kommenden Reichstagswahlkampfes der Rundfunk Rednern aller Parteien zur Verfügung gestellt werden. Nur zwei Bedingungen sind gestellt. Erstens muß die Partei des Redners im vorigen (jetzt aufgelösten) Reichstag mindestens 15 Abgeordnete gehabt haben, und zweitens darf man kein Kommunist sein.

Eine Regierung, die darauf bedacht ist, das öffentliche Leben nach vernünftigen Grundsätzen zu gestalten und in ihm die Forderungen der Gerechtigkeit zu erfüllen, wird ihr Hauptaugenmerk darauf richten, durch öffentliche Aussprachen, an der sich möglichst weite Kreise der Bevölkerung beteiligen sollten, die geeigneten Wege zur Verwirklichung dieses Ziels ausfindig zu machen. Denn eine solche Regierung, die nicht lediglich ihre eigenen Interessen oder die Interessen eines bestimmten Standes wahrnehmen will, und die auch nicht unbegründete Maßnahmen irgendwelcher Art treffen will, muß das Bestreben haben, durch die Entfaltung und Sicherung der freien Meinungsäußerung einen Kampf der Gründe und Gegenstände herbeizuführen, der die einzige Möglichkeit bietet, begründete und unbegründete Auffassungen von einander zu unterscheiden. Eine Regierung rechtlich denkender Menschen darf sich aber nicht damit begnügen, wenn sie es duldet, daß in der Öffentlichkeit durch sachliche Aussprachen die geeigneten Wege zur vernünftigen Regelung der Beziehungen unter den Menschen ausfindig gemacht werden; diese Regierung wird dann auch den Ergebnissen sachlicher Aussprachen entsprechend handeln.

Von beidem sind wir gegenwärtig weit entfernt. Wir haben weder das Recht zur freien Meinungsäußerung (dürfen vielmehr nicht einmal die Wahrheit sagen), noch ist die Regierung bereit, auf die Gründe jedes ehrlichen Menschen einzugehen. Ja, die Regierung ist weder bereit, noch auch nur verpflichtet, auf Gründe zu hören. Daß unsere Regenten hierzu keine Zeit haben, wird man nicht im Ernst behaupten wollen.

Ein Minister, der noch Zeit hat, in Königsberg zu wohnen, um bei seiner Familie zu bleiben, hat auch noch Zeit, auf ernstgemeinte Vorschläge jeder Art einzugehen.

Oder dieser Minister hat nicht die geringste Ahnung von der Verpflichtung eines Regenten.

Viele Menschen werden eine freie Meinungsäußerung vielleicht noch für möglich halten, die Forderung aber, daß die Regenten das Bestreben haben sollen, auf die Ergebnisse aller sachlichen Einwände, also auf die Ergebnisse wissenschaftlicher Kritik einzugehen, diese Forderung wird man zumeist als weltfremde Utopie betrachtet. Und doch liegt hier, in der Erziehung und Einsetzung solcher Regenten, der einzige Ausweg aus der Willkürherrschaft. Sobald man den vorgeschlagenen Weg verläßt und statt dessen einfach festsetzt, es solle das geschehen, was eine bestimmte Minderheit oder was die Mehrheit zufällig will, ist man wieder bei der Willkürherrschaft, also beim Despotismus angelangt.

Wer aber in seinen Zweifeln soweit geht, daß er nicht einmal glaubt, man könne auf dem Wege wissenschaftlicher Aussprache die begründeten von den unbegründeten Auffassungen trennen, wer also nicht daran glaubt, daß man die Politik an der Wissenschaft orientieren kann, der sollte wenigstens so konsequent sein und sich nicht die vergebliche Mühe machen, seinerseits in Gestalt von Büchern, Zeitungsartikeln und Reden Gründe vorzubringen. Der Pessimist sollte also ganz schweigen, er hat nicht einmal das Recht, uns seinen Pessimismus zu predigen; denn er kann uns ja — nach seiner eigenen Lehre — nicht einmal von der Berechtigung des Pessimismus überzeugen. Wer aber kein Pessimist ist, der mache sich bedingungslos an seine Aufgabe.

Man wende nicht ein, das Recht der freien Meinungsäußerung müsse (z. B. den Kommunisten gegenüber) eingeschränkt werden, um die Erhaltung des Staates und unserer Kultur zu sichern. Wer einen derartigen Einwand macht, bekennet sich damit schon zur Willkürherrschaft; er will keine Diskussion mehr darüber zulassen, ob unser Staat und unsere Kultur erhaltungswürdig sind.

Erhaltungswürdig ist höchstens das, was einen uneingeschränkten Kampf der Gründe und Gegenstände standhält.

Wer aber diesen Kampf unterbindet, ist damit als unbefugt zum Regieren entlarvt.

Man wende auch nicht ein, kommunistische Rundfunkreden könnten zur Organisierung eines Kampfes gegen die bestehende Ordnung führen, zu einem Kampf, der selber nicht mehr ein Kampf der Gründe, sondern ein Kampf der gesellschaftlichen Mächte ist. Nur in einem despotischen Staat, in dem die Regenten nicht auf Gründe achten, sind die Kritiker darauf angewiesen, einen Kampf mit gesellschaftlichen Machtmitteln zu führen, der geeignet ist, die Macht den Despoten zu entreißen. Wenn es einer Regierung um Sachlichkeit zu tun ist, muß sie nach Möglichkeit alle Gründe anhören und dann entweder wissenschaftlich nachweisen, daß die Gründe nicht stichhaltig sind, oder aber sich den Gründen beugen. Dann brauchte man keinen Klassenkampf zur Verwirklichung des Rechts zu organisieren.

Was aber die Gefahr betrifft, die freie Meinungsäußerung könnte ausgenutzt werden, um den heutigen Staat durch einen anderen zu ersetzen, in dem noch mehr nach den Grundsätzen der Willkür regiert wird, so ist dagegen zu beachten, daß die Zulassung einer freien Meinungsäußerung nicht die Zulassung privater Machtmittel bedeutet. Freie Meinungsäußerung bedeutet nicht, daß man private Machtmittel wie SA- und SS-Formationen innerhalb des Staates duldet. Im Gegenteil, wer die freie Meinungsäußerung sichern will, der wird, wenn er die vorliegenden Erfahrungen berücksichtigt, solche Organisationen verbieten.

Ebenso verfehlt ist der Einwand, daß man den Kommunisten darum keine freie Meinungsäußerung zuzubilligen brauche, weil ja auch in Sowjet-Rußland nicht jeder seine Auffassungen vortragen darf. Dieser Einwand ist schon darum abwägig, weil man seine eigene Willkür nicht durch die Willkür der anderen rechtfertigen kann. Im übrigen handelt es sich bei der freien Meinungsäußerung nicht um eine private Angelegenheit, mit der man den Menschen, wenn sie

sich gut betragen, eine Freude machen will, es handelt sich um das Instrument, auf das jede Regierung angewiesen ist, die die Willkür ausschließen will. Wem ernstlich an der Wahrheit gelegen ist, der wird gerade dann sein Hauptaugenmerk auf die Entfesselung eines Kampfes der Gründe und Gegenstände richten, wenn andere Menschen diese Aufgabe vernachlässigen. Wenn es also richtig ist, daß in Rußland keine freie Meinungsäußerung herrscht, so folgt daraus nur, daß es um so wichtiger ist, wenn diese Einrichtung wo anders gepflegt wird.

Auch der Einwand, daß die Kommunisten ja doch nichts Gescheites sagen würden, beweist nichts. Denn zum mindesten wird man den Kommunisten, und hier ist der Hinweis auf Sowjet-Rußland einmal nützlich, nicht rundweg die Absicht abstreiten dürfen, daß sie den guten Willen haben, es besser zu machen. Wer aber diesen Willen hat, den sollte man anhören. Wenn jemand trotz seines guten Willens keine guten Vorschläge machen kann, so läßt sich das nur durch eine Nachprüfung der Vorschläge feststellen, nicht aber wenn man sich dieser Aufgabe einfach durch die Anwendung der Schlagworte „undeutsch“ und „marxistisch“ entzieht.

Es gibt also keinen Grund, der es rechtfertigen könnte, den Kommunisten das Wort zu entziehen, wo andere reden dürfen.

Die Maßnahme der Reichsregierung ist daher eine Willkürmaßnahme. Das hat nichts damit zu tun, ob diese Willkür von einer Mehrheit oder nur von einer Minderheit gebilligt wird.

Die Beschränkung der Redefreiheit auf Parteien mit mehr als 15 Abgeordneten ist ebenso willkürlich, wie die Ausnahmebestimmung gegen die Kommunisten. Warum sollten gerade die großen Parteien die besten Gründe vorbringen können? Wenn man festsetzen würde, daß nur solche Menschen reden dürfen, deren Stiefelnummer kleiner ist als 32, so wäre das nicht willkürlicher als die jetzt vorliegende Bestimmung. Den Einwand, daß man schon aus praktischen Gründen eine Auswahl treffen müsse, weil sonst jeder reden

„Wir können nicht schweigen!“

Der Refrain aus sozialdemokratischen und kommunistischen Bedenken gegenüber der Einheitsfront heißt: Wir können nicht schweigen — nämlich über die Fehler des andern. Gelegentlich aber kann man erleben, daß sie alle beide schweigen können, und dann kommt eine Einheitsfront zustande. Worauf dieses Schweigen beruht, und was es zur Folge hat, zeigt der hier abgedruckte Brief:

Roßdorf ist eine kleine Stadt bei Darmstadt; die Mehrheit der Einwohner ist bei den Nazis.

Am 14. Juni fand unter freiem Himmel eine Wahlversammlung der SPD statt. Während die Rednerin sprach, standen die Nazis in Trüppchen zusammen und versuchten, die Versammlung zu stören. Oft mußte die Rednerin unterbrechen. Als der zweite Redner beginnen wollte, brüllten die Nazis ihre Lieder, so daß kein Wort mehr zu verstehen war. Es sah aus, als müßte die Versammlung geschlossen werden. Da stürmten die anwesenden Kommunisten in geschlossener Reihe gegen die Nazis vor, und die Nazis flohen sofort; es kam dabei zu keiner Schlägerei, und die Versammlung der SPD konnte ruhig weitergeführt werden.

Dies war der letzte Anstoß zur Bildung einer Einheitsfront. Am 16. Juni kamen die Vertreter von KPD, SPD, vom Antifaschistischen Kampfbund, von der „Eisernen Front“ und vom ISK zusammen. Es wurden keine unnützen Worte geredet, nur der Wunsch nach der Einheitsfront besetzte alle. Die rote Einheitsfront wurde gegründet, 3 Vertreter der KP, 3 der SP wurden in den Ausschuß gewählt.

Am 18. Juni, also am Tag vor der Hessenwahl, fand die erste Demonstration der Einheitsfront statt. Mit Transparenten gegen den Faschismus, mit Fahnen der Kommunisten und der „Eisernen Front“ zog ein so langer Demonstrationzug durch die Straßen Roßdorfs, wie er seit langem nicht mehr zustande gekommen war. Vor dem Rathaus sprachen ein Sozialdemokrat und ein Kommunist und forderten auf, am Sonntag sozialistisch zu wählen.

H. Z.

Neue Schlägereien mit SA.

Vom Montag, teilweise noch vom Sonntag, sind neue Straßenschlägereien mit SA gemeldet worden aus Aachen-Merkslein, Berlin-Neukölln, Düsseldorf-Erkath, Halle-Amendorf-Beesen, Hamburg, Remscheid, Wismar und Wuppertal. In Düsseldorf-Erkath, in Merkslein bei Aachen und in Wuppertal soll dabei je ein SA-Mann erschossen worden sein.

Die „Rote Fahne“ berichtet aus Wuppertal von einer „Massenschlacht“ am Sonnabend-Sonntag, bei der Tausende von Arbeitern zur Abwehr von Hunderten von Nazis, die in die Arbeiterbezirke eindringen, auf die Straße eilten. „Straßenpflaster wurden aufgerissen“ so heißt es dann im Bericht der „Roten Fahne“, und unter dem Ruf: „Es lebe die rote Einheitsfront der Arbeiter gegen den Faschismus!“ seien die Nazis vertrieben worden. „Insgesamt wurden bei diesen Kämpfen 147 SA-Leute verletzt. Ein großer Teil mußte schwerverletzt in die Krankenhäuser geschafft werden. Ein SA-Mann wurde bei den Kämpfen getötet. Durch die ungeheure Massekraft der antifaschistischen Einheitsfront gab es nur sehr wenig Verletzte unter den Arbeitern.“ Soweit der Bericht.

Daß solche Schlägereien durch das Wiedererscheinen der SA provoziert worden sind, steht einwandfrei fest.

Die Nazis wühlen gegen Bayern.

RÖHM soll am Freitag von München nach Berlin gefahren sein, um beim Reichsinnenminister zu wühlen, damit der gegen das Land Bayern wegen des bayerischen Uniformverbotes einschreite. So berichtet die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“, eine Korrespondenz also, die den Beweis geliefert hat, daß sie über vieles gut informiert ist; (sie war die erste, die von der Miniarbeit gegen BRÜNING und GROENER zu berichten wußte).

wolle, lassen wir nicht zu. Denn solange der Rundfunk noch in den Dienst der Unwahrheit gestellt wird, darf man nicht behaupten, es sei praktisch unmöglich, alle Freunde der Wahrheit sprechen zu lassen. Solange man noch STRASSER das Wort gibt, verlangen wir, daß nach Möglichkeit alle Menschen reden dürfen, die Gründe vorbringen wollen. Das wollen ja aber die NS gar nicht, und sie geben das selber zu. STRASSER z. B. hat in seiner Rundfunkrede ausdrücklich gesagt, es komme nicht auf Verstandesgründe, sondern auf das Gefühl an. Wer selber zugibt, daß er nach Gefühlen handeln will, will keine Gründe zulassen; denn die Gefühle sind bei den einzelnen Menschen verschieden, und wenn man sich darüber streiten will, welche Gefühle nun die „richtigen“ sind, dann muß man diesen Streit entweder durch sein eigenes Gefühl entscheiden, womit die Willkür nicht beseitigt wird, oder man muß sich des Verstandes bedienen zur Begründung einer Auswahl, was ja aber nicht geschehen soll.

Solange man den Rundfunk noch Menschen zur Verfügung stellt, die nicht sachlich diskutieren, sondern nur ihre Gefühle mitteilen wollen, hat man nicht das Recht, anderen Menschen, die Gründe vorbringen wollen, die Redefreiheit zu beschneiden. Mag jemand noch so irrige Auffassungen haben, solange er den ehrlichen Willen hat, die Wahrheit zu finden, sollten wir ihn sprechen lassen. Es tut dabei nichts zur Sache, wenn der Freund von Gründen allein oder mit nur 13 Abgeordneten zusammen steht, während der Verächter der Gründe die Volksmehrheit hinter sich hat.

Eine Redefreiheit für STRASSER hat mit der Duldung freier Kritik und mit der Zulassung von Gründen so gut wie nichts zu tun.

Das Recht auf freie Kritik ist kein Recht auf freie Gefühlsäußerung. Erst wenn es keine Wahrheiten (z. B. keine geeigneten Auswege aus der Wirtschaftskrise) mehr zu ergründen gibt, haben wir Zeit, der Kuriosität halber auch Menschen wie STRASSER reden zu lassen. Dann wird der Öffentlichkeit wenigstens noch die eine Wahrheit zugänglich, daß es Menschen gibt, die es ablehnen, Gründe abzuwägen. In einem gebildeten Volk wird STRASSER mit solchen Reden aber auch kein Unheil mehr anrichten können. Unter solchen Umständen wird nämlich die Rede eines Menschen, der selbst zugibt die politische Tätigkeit nicht nach Verstandesgründen, sondern nach seinen Gefühlen auszuüben, nicht anders aufgenommen werden als das Gebell eines Pitschers, der am Mikrophon seinen Hunger- und Durstgefühlen Luft macht.

„Unter feierlichem Glockengeläut und Orgelspiel wurde der Erzbischof von der Geistlichkeit in das prächtig geschmückte Münster geleitet, wo vor dem Gottesdienst die päpstliche Ernennungsbulle verlesen wurde. In seiner Predigt . . . dankte der neue Erzbischof Dr. GRÖBER der badi-schen Regierung, die so energische Maßnahmen gegen eine Bewegung erlassen habe, deren Ziel es sei, die Seelen der Menschen zu erschüttern. . . Zum Schluß wurde der Erzbischof in feierlicher Prozession nach dem erzbischöflichen Palais zurückgeleitet.“ Nun kann er also herangehen an die Vorbereitung eines Konkordats für Baden; denn wegen der Unzufriedenheit des Papstes über das bisherige Nichtzustandekommen eines Konkordats in Baden war ja, wie wir mitteilten, der neue Freiburger Erzbischof ernannt, statt, wie bisher, vom Domkapitel gewählt worden.

Weitere katholische Organisationen haben an den Reichspräsidenten Telegramme geschickt, in denen sie Maßnahmen gegen den nationalsozialistischen Terror fordern; so der Katholische Deutsche Frauenbund und der Mittelstandsbeirat der rheinischen Zentrumspar-tei.

Der Reichshaushaltsplan für 1932 wird in raschem Tempo in den Ausschüssen des Reichsrats beraten. Anfang nächster Woche wird sich voraussichtlich das Plenum des Reichsrats mit dem Haushalt beschäftigen.

Was in Neudeck nicht hinreichend geschehen konnte: die Information HINDENBURG über „die Auffassung des Reichslandbundes über die allgemein-politische Lage und über die notwendigen wirtschafts- und agrarpolitischen Maßnahmen“, das wurde am Samstag nachgeholt bei einem Empfang der Landbundführer Graf KALCKREUTH und anderer bei HINDENBURG.

Fast 11 Millionen Arbeitslose werden in dem Bericht des Arbeitsamtes in New York für die Vereinigten Staaten gemeldet.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hannover: Mittwoch, den 22. Juni 1932, 20.15 Uhr, in der Städtischen Saalwirtschaft Gartenallee 1. Thema: Schafft den linken Wahlblock zu den Reichstagswahlen!

Hamburg-Hammerbrook: Am Donnerstag, dem 23. Juni, um 20.15 Uhr, im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Proletarier, aller Parteien verständigigt Euch! Schafft die proletarische Einheitsfront!

Göttingen: Freitag, 24. Juni 1932, 20.30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Die Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen Papen und Hitler.

Köln: Freitag, den 24. Juni, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Straße 5, I. Etg. Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Köln-Deutz: Donnerstag, den 23. Juni, 20.15 Uhr, Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Mainz: Dienstag, den 28. Juni, 20 Uhr, im Gasthaus Hoerlein, Ecke Hafen- und Frauenlothsstraße. Redner: Genosse Lehnert, München. Thema: Schleicher. —Hitler—Thälmann. Vom Faschismus zum Sozialismus.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Bochum: Donnerstag, den 23. Juni, 20.30 Uhr, im großen Saal der Wirtschaft Neuhau, Allee-sstraße. Thema: Schaffung des linken Wahlblocks SPD bis KPD. Einberufer: ISK, SAP, DFV und Deutsch-Friedensgesellschaft. Eintritt 10 Pfennig.

Zwei „Muster“ von Staatsbetrieben.

Die bekannte Porzellanmanufaktur des französischen Staates in Sevres veröffentlicht ihren Jahresbericht für 1931 und ihren Voranschlag für 1932. Wir entnehmen daraus folgende Zahlen.

Die Einnahmen betragen im Jahre 1931 etwa 4,8 Millionen Francs und werden für 1932 auf rund 4,5 Millionen Francs veranschlagt. Von diesen entfallen 2,7 Millionen Francs (1932: 2,0 Mill. Francs) auf Staatssubventionen, je 0,6 Millionen Francs für 1931 und 1932 auf vom Staate gegebene Einkaufskredite und nur 1,5 Millionen Francs (1932: 0,9 Millionen Francs) auf Verkaufserlös. Für 1932 ist außerdem eine besondere Staatsbeihilfe von 1 Million auf Grund der Krise vorgesehen.

Die Ausgaben betragen 5,6 Millionen Francs im Jahre 1931, überstiegen also die Einnahmen um ein Sechstel.

1931 ist also nur rund ein Viertel der Ausgaben dieses Staatsbetriebes durch den Verkaufserlös gedeckt worden. Im Voranschlag für 1932 beträgt die entsprechende Zahl sogar nur ein Fünftel!

So weit geht also die Politik der Staatssubventionen da, wo das Streben der Beamten nach Beibehaltung ihrer Posten zusammenfällt mit Rücksichten auf Prestige und mit sentimentalen Erwägungen, die zu Gunsten der altehrwürdigen, angesehenen staatlichen Porzellanmanufaktur ausfallen.

G. K.

Weit gefährlicher ist die Subvention des Deutschen Reiches an die Deutsche Luft-Hansa A. G., Berlin. Wir entnehmen aus deren Geschäftsbericht für 1931:

Die Einnahmen aus Flugdienst und Sonstigem sind gegenüber dem Vorjahr von 8,8 auf 8,3 Millionen Mark zurückgegangen.

Die staatliche Beihilfe beträgt 17,3 Millionen Mark.

Die Einnahmen betragen im Vorjahr 38 Prozent, in diesem Jahr sogar nur 35 Prozent der Beihilfe.

Nur rund ein Drittel der Ausgaben der Luft-Hansa wird also durch Betriebseinnahmen gedeckt. Den Rest bezahlen die deutschen Steuerzahler.

Die Luft-Hansa lobt im Geschäftsbericht das Beihilfeprogramm des Reichsverkehrsministeriums für das Jahr 1931/32 und fordert unter Berufung auf das Vorbild anderer Staaten einen langfristigen Vertrag mit dem Reich, durch den der Luft-Hansa Beihilfen für mindestens 6 Jahre zugesichert werden.

Mit was für Lesern bürgerliche Zeitungen rechnen können — mit wie dummen und voreingenommenen —, zeigt die Überschrift, mit der die „Germania“ ihre Mitteilungen aus dem Geschäftsbericht der Deutschen Luft-Hansa versieht: „Luft-Hansa behauptet sich in der Krise.“

Der „Vorwärts“ weiß nichts Ernstes einzuwenden und keine ernstere Forderung vorzubringen als:

„Luftverkehr ist also noch ein sehr teurer nationaler Sport, bei dem es nicht froh stimmen kann, daß gerade die Leute fliegen und ihr Vergnügen mit öffentlichen Beihilfen subventioniert erhalten, die sich leisten können. Immer ist die Frage noch ungelöst, wie die breiten Massen, die den Hauptanteil der Subventionen aufbringen, wenigstens zu sehr billigen Rundflügen kommen können.“

Wir müssen gestehen, daß wir angesichts der in fast allen Staaten üblichen Subventionen der Verkehrsflugschiffahrt andere Sorgen haben als die, den breiten Massen das Vergnügen zu verschaffen, sich diese kapitalistische Welt von oben anzusehen. Die Lage ist viel zu ernst für solche Spaß. — Im übrigen sollen nach der Meinung jener „Lente, die sich leisten können“, die „breiten Massen“ auch vom Fliegen etwas haben: Sie werden im nächsten Krieg — angeregt durch Bomben und andere Antriebsmittel — durch die Luft fliegen, und zwar im Ganzen und in Scheiben. Und dieser Krieg wird um so leichter kommen, je weniger sich die Arbeiter überlegen, warum es der Luft-Hansa so gut geht.

Schrottwert von Betrieben.

Im Zusammenhang mit der Reichsaktion zu Gunsten von Herrn FLICK, dem bisherigen Beherrscher des Stahlvereins, schreiben wir, es besteht die Gefahr, daß das Reich Betriebe, deren Wert über den Schrottwert nicht hinausgehe, zu hohen Preisen übernehme.

In welcher Höhe der Schrottwert der Betriebe bankrotter Unternehmungen liegt, zeigte sich am 20. Juni bei einer Zwangsversteigerung der Stickstoffwerke Waldenburg vor dem Waldenburger Amtsgericht. Bei der Wertfestsetzung für das Grundstück nebst Anlagen schlug der Konkursverwalter 12 Millionen Mark vor. Die Hypothekengläubiger — denen natürlich daran lag, daß sich ein Käufer findet — bezeichneten 3 Millionen als angemessen. Das Gericht setzte den Wert auf Grund der Unterlagen auf 7 Millionen Mark fest. Während der Versteigerung wurde lediglich ein Gebot in Höhe von 500 000 Mark abgegeben (davon gehen auf Gerichtskosten und sonstige öffentliche Abgaben 116 903 Mark).

Auf Antrag sämtlicher Gläubiger wurde der Zuschlag zunächst auf zwei Monate ausgesetzt. — Warten wir ab, wie weit der Schrottwert bis dahin gesunken ist. Oder wird der Staat sich auch hier bemühen, einzugreifen?

Autarkie in Glindow.

In dem Dorf Glindow in der Mark hat der Gemeindevorsteher einen Aufruf an alle Arbeitgeber gerichtet: Sie sollten davon ablassen, die eigene Gemeinde zu schädigen, indem sie auswärtige Arbeiter (angeblich rund 400) beschäftigen und damit die Steuerkraft der anderen Gemeinden stärken. — Wir ergänzen den Aufruf: Glindower! Kaufen nur Waren, die in Glindow hergestellt sind! Gründet eine Glindower Tageszeitung, die nur Nachrichten aus Glindow bringt!

Kunstseideverbrauch steigt.

Die Kunstseidenproduktion auf der ganzen Erde lag 1931 um 13 Prozent über der von 1930; 1930 lag sie um 7 Prozent über der Produktion von 1929, in welchem Jahr die bis dahin höchste Produktionsziffer erreicht worden ist. Der Kunstseideverbrauch des Jahres 1931 wird auf 440 Millionen Pfund geschätzt; die Produktion lag 27 Millionen Pfund höher.

Die Kunstseide dringt also gegenüber der Naturseide vor; das bringt besonders die japanischen Bauern in eine schwierige Lage.

DEUTSCHLAND

Steigende Roheisengewinnung: Im Mai wurden 381 000 Tonnen Roheisen gewonnen; im April waren es nur 336 000 Tonnen. Die arbeitstägliche Produktion lag 10 Prozent über der des Vormonats und 31 Prozent unter der vom Mai 1931. Von 135 Hochöfen waren 41 im Betrieb und 45 gedämpft.

Steigende Rohstahlgewinnung: Im Mai wurden 624 000 Tonnen Rohstahl gewonnen; im April waren es nur 520 000 Tonnen. Die arbeitstägliche Produktion lag 36 Prozent über der des Vormonats, aber immerhin noch 13 Prozent unter der vom Mai 1931.

Frankfurter Warenhauskonzern zahlungsunfähig: Der Warenhauskonzern HERMANN WRONKER AG hat seine Zahlungen eingestellt. Die gesicherten Bankschulden betragen etwa 3,7 Millionen Mark, also 0,7 Millionen Mark mehr, als das Aktienkapital! Außerdem sind 3800 Gläubiger vorhanden hauptsächlich Lieferanten, deren Forderungen noch nicht festgestellt wurden.

RUMÄNIEN

Silbergeldbetrag macht Schule: Ende Juni werden Silbergeldstücke im Betrage von 1,8 Milliarden Lei in Rumänien ausgegeben werden. Der Staat wird dabei einen Münzgewinn von 1 Milliarde Lei (24 Millionen Mark) machen. Dafür sollen Banknoten eingezogen werden. — Alles wie in Deutschland!

Reichsbank.

Verlangsamte Kreditrückzahlung.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford.	Wechsel, -checks	Noten-umlauf	Giro-umlauf	Gesamt-Geld-umlauf
7. 6. 1931	2300	113	55	70	1709	4079	271	5619
15. 6. 1931	1766	104	14	155	2019	3889	324	5400
7. 5. 1932	851	133	10	111	3146	3991	363	6019
15. 5. 1932	851	139	6	102	3009	3923	354	5921
7. 6. 1932	848	138	6	129	3031	3889	358	5898
15. 6. 1932	828	136	2	109	2981	3815	380	5775

Wie zu erwarten war, haben die Deckungsbestände der Reichsbank eine erhebliche Verminderung erfahren, vor allem infolge der Rückzahlung von 10 Prozent des 50 Millionen Dollar-Kredits, den die Goldkreditbank Anfang Juni vorigen Jahres von einem amerikanischen Bankenkonkordat erhalten hatte. Ferner waren in der Berichtswoche Zinsen für die Young-Anleihe und für verschiedene größere Industrie-Anleihen zu zahlen. — Der Goldbestand ging um 25 Millionen Mark zurück, der Bestand an deckungsfähigen Devisen um 2 Millionen Mark. Abgesehen von den geliehenen Deckungsbeständen haben sich also auch die eigenen Deckungsbestände der Reichsbank verringert, um 6 Millionen Mark.

Der vorliegende Reichsbankausweis zeigt, daß das Mißtrauen gegen die währungspolitische Absichten der PAPEN-Regierung durch deren Versicherungen, sie wolle keine Inflation machen, keineswegs völlig gebannt werden konnte. Die Rückzahlung der am Monatsende neu aufgenommenen

Kredite geht wesentlich langsamer vor sich als im Mai. Während Mitte Mai bereits 70 Prozent der zum Monatsende erfolgten Neuausleihungen zurückgeflossen waren, sind es Mitte Juni erst 47 Prozent. Die Ausleihungen haben sich seit dem 7. Juni nur um 74 Millionen Mark vermindert.

Das langsamere Zurückgehen der Ausleihungen äußerte sich sogar in einem langsameren Rückstrom der Silbermünzen an die Reichsbank. Es war im Juni daher etwas leichter, das Silber im Verkehr zu halten. In den ersten beiden Maiwochen sind 37 und 45 Millionen Mark Silbermünzen an die Reichsbank zurückgeflossen, in den ersten beiden Juniwochen nur 12 und 47 Millionen Mark.

Der Notenumlauf ist um 108 Millionen Mark niedriger als Mitte Mai. In der Berichtswoche ist er, genau wie die Ausleihungen, um 74 Millionen Mark gesunken.

Bay.

USA

Französische Goldabzüge: Die amerikanischen Bankiers haben der französischen Regierung erklärt, sie seien damit einverstanden, wenn Frankreich seine Goldbestände aus den USA zurückzöge. Es handelt sich um etwa 150 Millionen Dollar. — Am 13. Juni ist der Zinsfuß um $\frac{1}{2}$ Prozent herabgesetzt worden. Das wird als eine Art Aufforderung an die ausländischen Stellen aufgefaßt, ihre Goldbestände zurückzuziehen.

Rückgang der Roheisengewinnung:

Mai 1930	3 232 000 Tonnen
Mai 1931	1 994 000 Tonnen
Mai 1932	783 000 Tonnen

Die arbeitstägliche Produktion im Mai ist die niedrigste seit August 1897.

WIRTSCHAFTSWISSEN.

Steigende Zollmauern — sinkende Weltmarktpreise.

Die Zollmauern wachsen, auch alte Freihandelsländer sind von ihrer Tradition abgewichen. Einfuhrkontingente und Devisensperren werden in einem Lande nach dem anderen eingeführt, Kartelle versuchen, die inländischen Preise dem Einfluß der sinkenden Weltmarktpreise zu entziehen.

Die Frage drängt sich angesichts dieser Zerstückelung der Weltwirtschaft auf: *Wo ist heute eigentlich der Weltmarkt?* Was meint man, wenn man davon spricht, daß die „Weltmarktpreise“ immer tiefer sinken?

Früher nannte man „Weltmarktpreis“ zum Beispiel den Preis, zu dem eine Ware in London oder Amsterdam verkauft wurde; denn an diesen Orten waren die Preise nicht durch Zölle künstlich erhöht. Jetzt ist das in bezug auf die meisten Waren anders. England und Holland sind zur Schutzzoll- und Kontingentierungspolitik übergegangen und viele Londoner und Amsterdamer Preise sind Binnenmarktpreise, wie die in Berlin und Paris.

Wo findet man also heute noch Weltmarktpreise? Mit anderen Worten, wo werden heute noch Waren zollfrei verkauft? Solche Plätze kann man ausfindig machen, wenn man sich zum Beispiel in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ die Liste von Weltmarktpreisen ansieht. Dort steht etwa „Weizen, Liverpool“, „Weizen, Hamburg Freihafen“ oder „Zucker, New York, unverzollt“. Im Freihafen von Hamburg kann man Weizen zum Weltmarktpreis von 9,50 Mark pro Doppelzentner kaufen. Um ihn aber in eine Hamburger Mühle zu bringen, muß man erst Zoll zahlen. Der Inlandspreis beträgt rund 25 Mark.

Der Weltmarkt liegt also fast nur noch in den verschiedenen Handelshäfen zwischen Schiff und Zollgebäude.

Welchen Einfluß hat die Errichtung von Zollmauern und anderen Einfuhrbeschränkungen auf die Preise, die auf diesem Markt gelten?

Betrachten wir ein Beispiel. In England kostete vor Einführung der englischen Zölle eine Tonne Roheisen 42 Mark. Da dieser Preis weder durch Zölle noch durch andere Hindernisse hochgeschraubt war, kann er als Weltmarktpreis betrachtet werden, im Gegensatz etwa zu dem deutschen Inlandspreis, der 69 Mark betrug.

Kostet die Tonne Roheisen in England nun nach Einführung des zehnprozentigen Zolls 42 Mark + 4,20 Mark, also 46,20 Mark? In den meisten Fällen wird das nicht so sein, und zwar aus folgendem Grunde:

Die ausländischen Exporteure, die Eisen nach England eingeführt haben, sehen sich plötzlich den englischen Eisenerzeugern gegenüber weniger konkurrenzfähig; denn die englischen Käufer müssen auf den früheren Preis einen Aufschlag von 10 Prozent bezahlen. Wenn der Preis tatsächlich demgemäß um 10 Prozent heraufgesetzt würde, würden die Kunden der ausländischen Exporteure es vorziehen, bei den englischen Erzeugern zu kaufen, solange diese, angesichts ihrer Monopolstellung, ihre Preise nicht auch entsprechend heraufsetzen. Um konkurrenzfähig zu bleiben, werden die ausländischen Exporteure versuchen, ihre Preise an der englischen Grenze auf, sagen wir, etwa 39 Mark herabzusetzen. Nach Hinzurechnung des Zolls können sie dann ihre Ware in England für 42,90 Mark verkaufen. Da unverzolltes Eisen vor Einführung der Zölle 42 Mark gekostet hat, jetzt aber nur noch 39 Mark kostet, ist der Weltmarktpreis für Eisen gesunken, während der Inlandspreis vielleicht sogar gestiegen ist.

Hier entsteht die Frage: Wie können es sich die ausländischen Eisenproduzenten leisten, ihre Preise auf einen Schlag um 3 Mark herabzusetzen? Die Weltmarktpreise enthalten gewöhnlich, infolge der internationalen Konkurrenz, keine übermäßig großen Gewinne, und da wir in unserem Beispiel keine Verminderung der Selbstkosten voraussetzen, gehen die 3 Mark vom Gewinn ab. Dabei kann es vorkommen und kommt auch immer häufiger vor, daß im Weltmarktpreis gar kein Gewinn mehr enthalten ist, daß beim Verkauf zu Weltmarktpreisen sogar Verluste gemacht werden. In diesem letztgenannten Fall, wo also die Gestehungskosten die Verkaufspreise übersteigen, spricht man von „Dumping“.

Wie werden die Verluste, die durch das Dumping entstehen, gedeckt? Die Mittel hierzu werden durch Zölle und Kartelle in den Ausfuhrländern beschafft. Diese Zölle und Kartelle haben z. B. dazu geführt, daß eine Tonne Roheisen in Deutschland 69 Mark kostet, während der Weltmarktpreis nur 42, in unserem Beispiel jetzt nur noch 39 Mark beträgt. Die deutschen Eisenproduzenten verdienen also im Inland an der Tonne Roheisen 30 Mark mehr als im Ausland. Einen Teil dieser 30 Mark können sie leicht dazu benutzen, die Dumping-Verluste zu bezahlen.

Wir sehen also: Dumping ist nur möglich, wenn die Produzenten, die das Dumping betreiben, auf ihrem Inlandsmarkt die Preise, mit Hilfe von Zöllen, Kartellen oder anderen Maßnahmen, künstlich in die Höhe treiben können; wie es zum Beispiel in der deutschen Schwerindustrie der Fall ist.

Dumping wird um so mehr betrieben, je mehr Zollmauern und andere Hindernisse den internationalen Handel beengen. Da besonders in neuester Zeit jedes Land sich mehr und mehr wirtschaftlich absperrt, wird das Dumping immer stärker, das heißt also, die Weltmarktpreise sinken immer mehr.

Sinken der Weltmarktpreise berechtigt also nicht zur Erhöhung von Zöllen; denn damit dreht man sich nur im Kreise!

Hilde Meisel.

Amerikanischer Kupferzoll verbilligt Kupfer in Europa.

Am 21. Juni trat in den USA ein Kupferzoll von 4 Centis pro Pfund in Kraft. Der Zoll macht fast 80 Prozent vom heutigen Kupferpreis aus, unterbindet also voraussichtlich für längere Zeit die Einfuhr vollständig.

1929 wurden 350 000 Tonnen Kupfer nach den USA eingeführt; im ersten Vierteljahr 1932, vor allem aus Kanada und Chile, rund 50 000 Tonnen. Diese beiden Länder werden nun auf den noch freien Weltmarkt angewiesen sein. Die Konkurrenz dort wird schärfer. Der Preis wird infolgedessen wohl weiter fallen.

In absehbarer Zeit — nach einer Abnahme der heute noch großen Vorräte — wird in den USA der Kupferpreis hinter den neuen Zollmauern steigen. Die Kupferproduzenten werden den erhöhten Inlandspreis benutzen, um damit Dumping-Exporte zu finanzieren. Die Europäer werden also infolge der in den USA steigenden Zollmauern billigeres Kupfer erhalten.

H. H.